Medienlandschaft Saar

Medienlandschaft Saar von 1945 bis in die Gegenwart

Herausgegeben von Clemens Zimmermann,
Rainer Hudemann und Michael Kuderna

unter Mitarbeit von Susanne Dengel,
Bernard Bernarding und Norbert Klein

Band 1

Medien zwischen Demokratisierung und Kontrolle (1945–1955)

Band 2

Medienpolitik und mediale Strukturen (1955–2005)

Band 3

Mediale Inhalte, Programme und Region (1955–2005)

R. Oldenbourg Verlag München 2010

Medien zwischen
Demokratisierung und Kontrolle
(1945–1955)

Herausgegeben von
Rainer Hudemann

R. Oldenbourg Verlag München 2010

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2010 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München
Rosenheimer Straße 145, D-81671 München
www.oldenbourg.de

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Thomas Rein, München

Umschlagbilder:

Oben: Johannes Hoffmann und Gilbert Grandval Januar 1955 © Landesarchiv Saarland/
Presse-Foto-Actuelle

Mitte: Die Saarbrücker Zeitung und ihre Leser 1971 © Saarbrücker Zeitung/Ottmar Lambach

Unten: Marie-Elisabeth Denzer, Moderatorin des „Aktuellen Berichts“ 2005 © Saarländischer Rundfunk/Reiner Oettinger

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (chlorfrei gebleicht)

Satz: Typodata GmbH, München

Druck: Memminger MedienCentrum, Memmingen

Bindung: Buchbinderei Klotz, Jettingen-Scheppach

ISBN 978-3-486-59170-5

Inhalt

<i>Clemens Zimmermann/Rainer Hudemann/Michael Kuderna</i> Einführung in das Gesamtprojekt	1
<i>Rainer Hudemann</i> Einführung in den Band 1	19
Medienpolitik im Zeichen von Demokratisierung, Kontrolle und Teilautonomie	
<i>Andreas Merl</i> Tagespresse im Saargebiet 1918–1945	37
<i>Natalie Pohl</i> Demokratisierung im inneren Widerspruch. Französische und saarländische Printmedienpolitik 1945–1955	61
<i>Judith Hüser</i> Kirchen, Medien, Öffentlichkeiten. Eine medienpolitische Kirchengeschichte der Saaraautonomie 1945–1959	101
Rundfunk und Fernsehen	
<i>Paul Burgard</i> Die Saarlandmacher. Der Aufbau des Saarländischen Rundfunks und die Autonomie des Landes 1946–1955	129
<i>Charles Scheel</i> Musik als Anker politischer und medialer Attraktivität. Umfang und Grenzen der französischen Impulse in der musikalischen Programm- gestaltung des Rundfunks an der Saar 1945–1957	193
<i>Anette Kührmeyer</i> Hörspiel bei Radio Saarbrücken von 1946 bis 1955	217

Andreas Fickers

Die Anfänge des kommerziellen Rundfunks im Saarland. Die Geschichte der Saarländischen Fernseh AG (Tele-Saar und Europe No. 1) 241

Zeitungslandschaft

Natalie Pohl

Die Saarbrücker Zeitung in der saarländischen Zeitungslandschaft 1945–1955 311

Alexander König

Die Saarproblematik in der Berichterstattung der Saarbrücker Zeitung 1947–1955. Eine qualitativ-quantitative Analyse von Inhalten und Sparten. 345

Ines Heisig

Parteipresse und Presselandschaft in der Autonomiezeit 1945–1955 . . . 373

Bernd Reichelt

Die saarländische Sportpresse im Spannungsfeld von Politik, Identität und Selbstbehauptung 1945–1960. 409

Susanne Dengel

Ja oder Nein? Die saarländischen Zeitungen im Abstimmungs-kampf 1955 431

Rainer Hudemann

Resümee 451

Abkürzungsverzeichnis 459

Abbildungsnachweis 463

Personen- und Medienregister 465

Detailliertes Inhaltsverzeichnis 477

Übersicht über das Gesamtwerk 483

Clemens Zimmermann/Rainer Hudemann/Michael Kuderna

Einführung in das Gesamtprojekt

Wer ein ebenso umfang- wie facettenreiches Werk über die „Medienlandschaft Saar“ seit 1945 vorlegt, steht unter Begründungszwang: Immerhin assoziiert diese Metapher die Existenz einer gewissen Vielfalt und gleichzeitig Unterscheidbarkeit. Tatsächlich ist sie gerade in historischer Perspektive für das Saarland treffend. Sicher – die großen Linien der medialen Nachkriegsentwicklung finden sich auch hier, etwa im Bereich der Printpresse die zunächst weitgehend parteigebundene, in einer späteren Phase stärker kommerziell konturierte Mannigfaltigkeit und die sich hier schon Anfang der 1970er Jahre durchsetzenden Konzentrationsprozesse¹; ähnliches gilt für die Entwicklung des dualen Rundfunksystems.² Doch schon bei einem flüchtigen Hinsehen offenbaren sich spezifische Ausprägungen und Abweichungen. Eine traditionsreiche Zeitung, die zu einem großen Medienkonzern gehört, aber sich teilweise im Besitz ihrer Mitarbeiter befindet und über ein Stiftungsmodell politische Bildungsarbeit finanziert, die jahrelange Quersubventionierung einer öffentlich-rechtlichen Anstalt durch einen privaten französischen Sender und die spätere Beteiligung an der privaten Hörfunk-Konkurrenz, Innovationen im Programm (zum Beispiel Magazinsendungen oder Newsroom beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk) und in der Blattbindung durch Publikumsbeteiligung (zum Beispiel „Leserreporter“) – auf diese Besonderheiten wird in den Beiträgen dieses Werks ebenso eingegangen wie auf allgemeine Tendenzen etwa in der Veränderung von Berufsbildern.

Die generelle Bereitschaft im Saarland, auch unkonventionelle Wege zu gehen, hängt auch mit notorisch knappen Kassen zusammen. Wenn in einem Beitrag in diesem Werk auf ein Zitat des CDU-Ministerpräsidenten Franz-Josef Röder aus den 1960er Jahren Bezug genommen wird, wonach der Unterschied zu reichen Ländern darin bestehe, „dass die armen sich etwas ein-

¹ Vgl. Hans Walter Hermann, Die saarländische Presse ab 1945, in: Saarländischer Journalistenverband, Hg., Menschen Medien Mächte II. 50 Jahre Saarländischer Journalistenverband 1947-1997, Saarbrücken 1997; vgl. zur bundesdeutschen Entwicklung: Walter J. Schütz, Entwicklung der Tagespresse, in: Jürgen Wilke, Hg., Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1999, S. 109-134, hier S. 114-116.

² Vgl. Rüdiger Steinmetz, Initiativen und Durchsetzung privat-kommerziellen Rundfunks, in: Wilke, Mediengeschichte, S. 167-191; Martin Eifert/Wolfgang Hoffmann-Riem, Die Entstehung und Ausgestaltung des dualen Rundfunksystems, in: Dietrich Schwarzkopf, Hg., Rundfunkpolitik in Deutschland. Wettbewerb und Öffentlichkeit, Bd. 1, München 1999, S. 50-116.

fallen lassen müssen“³, mag man auch an den Satz aus der ersten Regierungserklärung von Oskar Lafontaine nach dem SPD-Wahlsieg 1985 erinnern: „Wenn wir schon kein Geld haben, brauchen wir wenigstens gute Ideen.“⁴

Ein gewisser Laborcharakter wird dem Saarland auch von außerhalb schon lange zugeschrieben. Nicht ohne Grund nutzen es Unternehmen vor der Einführung neuer Produkte oder Marken gerne als Testgebiet: ein politisch abgegrenzter Raum mit ungefähr einer Million Einwohnern, denen zumindest von Medien und Politik eine sich von der übrigen Bundesrepublik, dem an der Saar immer noch gerne so genannten „Reich“, deutlich differierende Identität zugeschrieben wird. Die politische Sonderentwicklung dieses Grenzlandes, das erst ‚verspätet‘ zur Bundesrepublik gestoßen ist, eröffnete Freiräume für Experimente; die Akteure im Saarland als vergleichsweise kleinem Gebilde mit eigener Gesetzgebung suchten und nutzten immer wieder Wege, kreativ Handlungsspielräume auszunutzen. Wenn in kleinen Einheiten wie dem Saarland schon aus purem Überlebenswillen schnelle Innovationszyklen gefordert sind, gilt dies besonders für eine Branche wie die der Medien, die selbst zu einem guten Teil Marktgesetzen unterworfen ist und zugleich Entwicklungen gesellschaftlich reflektieren und vorantreiben sollte. Insgesamt scheint es aber nicht abwegig, dass man bei einer medienhistorischen Untersuchung über den regionalen Raum hinaus allgemeine Erkenntnisse gewinnen kann.

Die Medien selbst konnten schon in der Zeit der von Paris kontrollierten politischen Autonomie und gleichzeitiger französischer Wirtschaftshegemonie Erfahrungen mit einem Spagat zwischen Anpassung und Kreativität sammeln. Diese Janusköpfigkeit scheint der saarländischen Medienszene ein Stück weit erhalten geblieben zu sein. Fand der Spott des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“, an der Saar seien Deutschlands Journalisten am lahmsten und am zahmsten, vor gut 30 Jahren sogar Eingang in die literarische Selbstreflexion des ebenso bekannten Schriftstellers wie bekennenden Saarländers Ludwig Harig⁵, zeigten sich Journalisten, Medien und Politiker in vielen Fällen, denen in diesem Werk nachgegangen wird, alles andere als konfliktscheu. Ob Zulassung des ersten privaten Fernsehens in Europa, selbstbewusste Interessenvertretung des „Saarländischen Rundfunks“ (SR) in der ARD oder Irrungen und Wirrungen im Streit um Pressegesetze – an medienpolitischem Kampfgetümmel mangelte es im Saarland nicht.

³ Anonymus, Rundfunk. Saar-Sender. Welle ohne Parallele, in: Der Spiegel, 20.10.1969 Nr. 43, S. 117.

⁴ Oskar Lafontaine, Regierungserklärung des saarländischen Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine am 24. 4. 1985, Saarbrücken 1985, S. 27.

⁵ Ludwig Harig, Die saarländische Freude. Ein Lesebuch über die gute Art zu leben und zu denken, München 1979, S. 40–49, hier S. 40.

Auch inhaltlich lohnt sich der Blick auf und in die Medien an der Saar. Weltweit wird eine sich verschärfende Krise des traditionellen Qualitätsjournalismus thematisiert⁶, sinkende Auflagen- und Hörerzahlen scheinen einen fundamentalen Wandel anzukündigen, die Jugend droht zu den neuen Medien abzuwandern, Zeitungen tauchen immer häufiger als Gegenstand musealer Bemühungen auf.⁷ Mancher Beobachter sieht die Online-Welt als künftige Informationsquelle politischer Öffentlichkeit, doch vorläufig ist dies nicht mehr als ein uneingelöstes Versprechen.⁸

Das Saarland erscheint angesichts dieses Szenarios wie ein Medien-Biotop. Offensichtlich profitiert man hier von der anderen Seite der Globalisierung, lässt sich hier konkret fassen, was häufig als Glokalisierung⁹ beschrieben wurde. Viele Menschen entdeckten den Nah-Raum wieder, klammerten sich an die Region – und sei dies auch noch so sehr ein Konstrukt – als Gegengewicht; die Renaissance des Heimat-Begriffs in den letzten Jahren und die immer noch recht hohe Akzeptanz der beiden großen saarländischen Medien (SR und „Saarbrücker Zeitung“) scheinen dieses zu bestätigen. Regionalisierung als – zumindest relatives – Erfolgsrezept: Die Untersuchungen der Programm- und Zeitungsinhalte in diesem Werk stützen die These.

Gibt es aber darüber hinaus noch weitere, spezifische Ursachen für die besondere Medienkonstellation? Wurde hier vielleicht manches pragmatischer angepackt als anderswo? Gibt es andererseits auch Versäumnisse, die sich noch rächen könnten? Wie wirkt sich die informationelle Dominanz eines Senders bzw. einer Zeitung auf die Inhalte aus, ist ‚Einfalt‘ wirklich der unvermeidbare Gegensatz zur Vielfalt, wie Kritiker der gegenwärtigen Situation es sehen? Greift man den letzten Punkt auf, ergeben sich aus der Lektüre der folgenden Beiträge einige Antworten. Die Saarbrücker Zeitung ist nicht nur in ihrer Eigentümerstruktur ein bundesweiter Sonderfall, sondern sie verfügt auch über ein Redaktionsstatut. Die jahrelange aktive Mitarbeit im Deutschen Presserat¹⁰ setzt einem möglichen Missbrauch der Mono-

⁶ Vgl. Hans-Jürgen Bucher/Klaus-Dieter Altmeyen, Hg., Qualität im Journalismus. Grundlagen – Dimensionen – Praxismodelle, Wiesbaden 2003.

⁷ Vgl. Stephan Weichert/Leif Kramp, Zeitungskrise. Hilfe muss von oben kommen, in: Rheinischer Merkur, 19. 2. 2009 Nr. 8, S. 30.

⁸ Vgl. Stephan Weichert/Leif Kramp/Hans-Jürgen Jakobs, Hg., Wozu noch Zeitungen? Wie das Internet die Presse revolutioniert, Göttingen 2009.

⁹ Vgl. Roland Robertson, Glokalisierung. Homogenität und Heterogenität in Raum und Zeit in: Ulrich Beck, Hg., Perspektiven der Weltgesellschaft, Frankfurt a. M. 1998, S. 192–220.

¹⁰ So vertritt die Redakteurin der Saarbrücker Zeitung Ilka Desgranges seit 1995 den Deutschen Journalisten-Verband im Presserat und nahm 2004/2005 die Sprecher-Funktion wahr. Im Gegensatz zu einigen anderen Zeitungen druckt die Saarbrücker Zeitung auch Rügen ihrer eigenen Berichterstattung ab, so zum Beispiel: Anonymus, Presserat missbilligt SZ-Foto von Flugblatt gegen Daniel Kempf, in: Saarbrücker Zeitung, 6. 4. 2009 Nr. 81, S. C1.

polstellung ebenso Schranken wie die wirtschaftliche Notwendigkeit, ein möglichst breites Publikum als Abonnenten zu gewinnen. Die ‚wilden Jahre‘ scheinen vorbei: Bis 1985 – übrigens ein Jahr, in dem eine kostenlose Sonntagszeitung geplant wurde und die Saarbrücker Zeitung ein ebenso kostenfreies „Saar-Extra“ für Nicht-Abonnenten testete – gehörte die Geißelung der „bürgerlichen“ Saarbrücker Zeitung auf Parteitag der SPD noch zu den Mobilisierungsinstrumenten und es wurden Gegenprojekte geschmiedet, um dem Monopolblatt etwas entgegen zu setzen.¹¹ Doch nach der erstmaligen sozialdemokratischen Regierungsübernahme schliffen sich auch diese Konfrontationslinien von beiden Seiten allmählich ab.¹² Beim SR wiederum sorgt schon die Wellenstruktur für ein gewisses Maß an Binnenpluralität. Zudem hat sich im Hörfunk mit „Radio Salü“ ein privater Mitbewerber etabliert, andere Anbieter blieben aber vor allem im journalistischen Anspruch marginal. An die Überlebensorgen privater Fernsehsender scheint man sich gewöhnt zu haben. Sieht man vom Markteintritt einer eigenen Regionalausgabe der „Bild-Zeitung“ im April 2005 ab, hinterlässt so die Medienszene an der Saar in den letzten Jahren einen eher ruhigen Eindruck. Mit dem evangelischen „Sonntagsgruß“ verschwand Ende 2006 die letzte Wochenzeitung mit gesellschaftspolitischem Anspruch, ohne dass es zu einem echten Aufschrei gekommen wäre. Andererseits gibt es im Zeitschriftensektor immer wieder Neugründungen – von kulturell ambitionierten Blättern bis hin zu Lifestyle-Magazinen.¹³ Zudem verfügt das Saarland bei den Anzeigenblättern mit dem „Wochenspiegel“ über ein Produkt, das sich – wenn auch in bescheidenem Rahmen – redaktionelle und landespolitische Beiträge leistet.

So bietet sich dem Medien-Beobachter im Saarland trotz einer über die Jahrzehnte eingetretenen umfänglichen „Marktberreinigung“ immer noch –

¹¹ Vgl. Klaus Brill, Eine gewisse Einseitigkeit, in: Süddeutsche Zeitung, 27.2.1985 Nr. 49, S. 9.

¹² Diese Entwicklung lässt sich beispielsweise an einem Beitrag des Chefredakteurs Rudolph Bernhard aus dem Jahr 1991 und einem fünf Jahre später erschienenen Bericht über eine Diskussionsveranstaltung nachvollziehen, in der der SPD-Medienpolitiker Reinhard Klimmt einer zweiten Tageszeitung an der Saar keine wirtschaftliche Chance eingeräumt habe. Rudolph Bernhard, Immer Ärger mit der Monopolzeitung?, in: Saarbrücker Zeitung, 29./30. 6. 1991 Nr. 148, S. 4; Udo Rau, Werbegelder setzen Vielfalt Grenzen, in: Saarbrücker Zeitung, 13. 11. 1996 Nr. 264, S. 2.

¹³ Eine Umfrage der IHK Saarland im November 1996 wies immerhin 44 im Land periodisch erschienene Publikationen aus, von der Tageszeitung über Monatsschriften, Anzeigenblätter und Verbandszeitungen bis hin zu einem englischsprachigen internationalem Tanzmagazin. Medien im Saarland, in: Saarländischer Journalisten-Verband, Hg., Menschen Medien Mächte. 25 Jahre Saarländischer Journalistenverband 1947-1972. Eine Dokumentation, Saarbrücken 1972. Aus dem Jahr 1970 liegt eine hektographierte Übersicht vor: Saarland, Der Chef der Staatskanzlei, Pressereferat, Hg., Presse – Rundfunk – Fernsehen im Saarland, Saarbrücken 1970, Archiv der Landespresskonferenz, Ordner Historie.

um eine weitere Metapher zu bemühen – ein Kaleidoskop dar, das es genauer zu betrachten lohnt. Gerade die derzeit relativ ruhige Situation scheint besonders günstig, um Genese, Struktur und Gehalt zu analysieren und einen Rückblick auf die zeitweise turbulenten Entwicklungen seit 1945 zu wagen.

Der Vielseitigkeit des Untersuchungsgegenstandes entspricht die Art der Herangehensweise. Die Lehrstuhlinhaber der federführenden Kultur- und Mediengeschichte sowie der Neueren und Neuesten Geschichte an der Universität des Saarlandes bildeten zusammen mit dem Vorsitzenden der Landespressekonferenz, die aus Anlass ihres 50-jährigen Bestehens im Jahr 2006 den Anstoß zu dem Projekt gegeben hatte, das Herausgebersteam. Im Verbund von erfahrenen und jungen Wissenschaftlern und in Rückkoppelung mit Praktikern aus dem Journalismus (hier sind vor allem der Fernseh-Chefredakteur des SR, Norbert Klein, und der stellvertretende Chefredakteur der Saarbrücker Zeitung, Bernard Bernarding, zu nennen) wurde dann eine breite Palette von Themen bearbeitet. Dabei wurde bewusst – jeweils in Abhängigkeit von dem Untersuchungsgegenstand und der Fragestellung – eine Methodenvielfalt angestrebt, die sich auch in den unterschiedlichen Zugängen spiegelt: Während für die unmittelbare Nachkriegs- und die Autonomiezeit (Band 1) die politische Landesgeschichte zugleich als Hintergrund und Gegenstand dominiert, kommt im weiteren zeitlichen Verlauf (Bände 2 und 3) zunehmend ein medienwissenschaftliches und -historisches Instrumentarium zur Anwendung.

Die Beiträge decken ein breites Spektrum der „Medienlandschaft Saar“ seit 1945 in historischer Perspektive ab. Damit liegt erstmals eine mediengeschichtliche, wissenschaftlich abgesicherte und landesgeschichtlich unterlegte Gesamtdarstellung für ein Bundesland vor. Sie wird visuell unterstützt durch viele vor allem von Susanne Dengel aufgespürte Bilder. Dennoch erhebt das Werk keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Auswahl und Perspektivierung ergaben sich aus dem Stand der historischen und der medienwissenschaftlichen Forschung sowie äußeren Rahmenbedingungen. Sowohl thematisch als auch im Detail verbleiben genügend Desiderate für weitere Studien. Im Zweifelsfall wurde dem Exemplarischen Vorzug eingeräumt. Dadurch war es nicht nur möglich, manches bisher Unbekannte quellenmäßig zu erschließen und zu dokumentieren, sondern auch Erkenntnisse zu gewinnen, die über saarlandspezifische Bezüge hinaus gehen und die medienhistorische Forschung in der Bundesrepublik befruchten könnten.

„Wiederaufbau eines Pressekerens; ... nach Möglichkeit Aufbau einer großen Zeitung nach dem Vorbild der ‚Frankfurter Zeitung‘, die aufgrund ihrer Haltung über die

Grenzen unserer Zone hinaus wirken und zu einem Mittel des französischen Einflusses in Deutschland werden kann; Wiederaufbau eines Rundfunksenders.“

Das gehörte zu den Anordnungen in der geheimen ersten „Direktive für unser Handeln in Deutschland“, welche General de Gaulle als Chef der Provisorischen Regierung der Französischen Republik am 25. Juli 1945 an den Oberkommandierenden der französischen Besatzungszone in Deutschland gab.¹⁴ In einer Zeit, als die Ausarbeitung der deutschlandpolitischen Ziele der französischen Regierung noch im Fluss war, erhielt die Medienpolitik auf der Spitzenebene in Paris kurz nach Kriegsende bereits einen Rang unter den höchsten politischen Prioritäten. Mit dem Vorbild der „Frankfurter Zeitung“ legte der Führer der französischen Résistance der Kriegsjahre die qualitative Messlatte für die Medienpolitik zudem von vornherein sehr hoch. Und er schrieb in aller Eindeutigkeit die Ablehnung einer Propagandapresse fest.

Aber: Frankreich war Besatzungsmacht. Und daraus ergab sich ein kompliziertes Geflecht,¹⁵ das große Wiederaufbauleistungen und harte Konflikte gleichermaßen zur Folge hatte: Die Pariser Regierung suchte Frankreichs Großmachtposition in der Welt zu wahren, hatte jedoch nach dem Fehlschlag der Ordnung von Versailles und der traditionellen militärischen und ökonomischen Sicherheitspolitik erkannt, dass neue Instrumente dafür erforderlich waren. Damit wurde eine Demokratisierung Deutschlands als Garantie der Sicherheit Frankreichs seit dem Sommer 1945 zu einem neuen Schlüssel der Pariser Deutschland- und Besatzungspolitik. Die gleichen Wurzeln führten über das Ziel einer Einbindung (West-)Deutschlands in die europäische Integration zur initiativreichen französischen Europapolitik seit dem Zweiten Weltkrieg.¹⁶ Sie wurde seit den frühen 1950er Jahren auch ein maßgeblicher Faktor in der Medienlandschaft an der Saar. Ökonomisch war Frankreich gleichfalls auf eine europäische Vernetzung und auf die deutschen Ressourcen für den eigenen Wiederaufbau angewiesen. Nutzung deutscher Ressourcen erforderte aber zunächst Wiederaufbau der

¹⁴ Rainer Hudemann, [Dokumentation:] Directives pour notre action en Allemagne (20. 7. 1945), in: Henri Ménudier, Hg., *L'Allemagne occupée 1945–1949*, Paris 1989, S. 221–242. Deutsche Teilübersetzung in: Rainer Hudemann/Armin Heinen in Zusammenarbeit mit Johannes Großmann u. Marcus Hahn, Hg., *Das Saarland zwischen Frankreich, Deutschland und Europa 1945–1957. Ein Quellen- und Arbeitsbuch. Mit einer CD-Rom zum Abstimmungskampf von Susanne Dengel*, Saarbrücken 2007, S. 224–226, hier S. 225.

¹⁵ Am differenziertesten hierzu: Dietmar Hüser, *Frankreichs „doppelte Deutschlandpolitik“. Dynamik aus der Defensive – Planen, Entscheiden, Umsetzen in gesellschaftlichen und wirtschaftlichen, innen- und außenpolitischen Krisenzeiten 1944–1950*, Berlin 1996.

¹⁶ Zusammenfassend: Rainer Hudemann, *Erfahrungen – Verhaltensweisen – Vernetzungen. Zu Faktoren der Entstehung des deutsch-französischen „Motors“ in der Europäischen Integration*, in: Hélène Miard-Delacroix/Anne-Marie Saint-Gille, Hg., *Penser et construire l'Europe: De la paix éternelle à la sécurité collective*, *Etudes germaniques* H. 2/2009, S. 399–412.

deutschen Produktionsmittel. Zur praktischen Umsetzung der Demokratisierungspolitik gehörte seit dem Sommer 1945 eine mit großem Mitteleinsatz eingeleitete, bereits 1946 weitgehend umgesetzte aktive Kultur- und Sozialpolitik, welche die praktische Relevanz der konzeptionellen Zielsetzungen sofort deutlich machte.¹⁷ Die Saar erhielt rasch einen gesonderten, wengleich höchst unklaren Status. Im ökonomischen Bereich wurde er durch den Wirtschaftsanschluss 1947/48 geklärt. Politisch blieb er ambivalent. Mit dem Ziel, die Bevölkerung langfristig für Frankreich zu gewinnen, setzte die Besatzungsmacht im Kulturbereich zusätzlich eine besondere Vielfalt deutsch-französischer Vernetzungen in Gang.¹⁸ Die Erfahrung mit drei deutsch-französischen Kriegen in weniger als drei Generationen und die zuvor ungekannte Wucht nationalsozialistischen Vernichtungspotentials hielten in den französischen Führungspositionen zugleich ein tiefes Misstrauen gegenüber den demokratischen Fähigkeiten „der“ Deutschen wach und ließen die oft noch in den Stereotypen des 19. Jahrhunderts gründende Furcht vor einem weiterlebenden oder neuen deutschen Nationalismus höchst wirkungsvoll bleiben.¹⁹ Die Kontrolle jeglicher Aktivitäten erschien, wie bei den anderen Alliierten, daher unverzichtbar. Alle diese Faktoren führten also in eine Fülle von Widersprüchen in der praktischen Umsetzung, zumal die Konzepte im Einzelnen vielfältig waren und sich erst allmählich präzisierten.

Der Aufbau der Medienlandschaft erhielt in diesem Bedingungsgeflecht rasch einen hohen Stellenwert. Zugleich schien, angesichts der allen Alliierten noch präsenten Propagandafunktion des Mediensystems, gerade hier die Notwendigkeit einer besonders genauen Kontrolle evident. Die Konflikte waren damit programmiert.

Die allgemeine Forschung zur Nachkriegszeit hat die Tendenz, zwei Schnitte zu machen: mit Kriegsende 1945 und mit der Gründung der Bundesrepublik und der DDR 1949. Diese politischen Zäsuren sind selbstverständlich wichtig. Aber zum einen können viele grundlegende Zusammenhänge ohne eine am Wirtschaftsordnungszyklus von der Wirtschaftskrise 1929/32 bis zur Währungs- und Wirtschaftsordnungsreform 1948/49 orien-

¹⁷ Siehe insbesondere Corine Defrance, *La politique culturelle de la France sur la rive gauche du Rhin 1945–1955*, Straßburg 1994; Martin Schieder, *Im Blick des Anderen. Die deutsch-französischen Kunstbeziehungen 1945–1959*, Berlin 2005; Rainer Hudemann, *Sozialpolitik im deutschen Südwesten zwischen Tradition und Neuordnung 1945–1953. Sozialversicherung und Kriegspopferversorgung im Rahmen französischer Besatzungspolitik*, Mainz 1988.

¹⁸ Heinrich Küppers, *Bildungspolitik im Saarland 1945–1955*, Saarbrücken 1984; Hans-Christian Herrmann, *Sozialer Besitzstand und gescheiterte Sozialpartnerschaft. Sozialpolitik und Gewerkschaften im Saarland 1945 bis 1955*, Saarbrücken 1996.

¹⁹ Hélène Miard-Delacroix, *Question nationale et nationalisme. Perceptions françaises d'une problématique allemande au début des années cinquante*, Villeneuve d'Ascq 2004.

tierte Analyse nicht erfasst werden; das gilt beispielsweise für die Vernetzung von Wirtschafts- und Finanzgeschichte mit der sozialen Lage, ohne welche wiederum weder die mentalen Strukturen und politischen Reaktionen in der Nachkriegszeit noch die langfristigen Erinnerungsmuster, wie sie sich auch in der Diskussion um die Saar-Medien niederschlagen, verständlich sind. Wenn zum anderen eine Zäsur 1949 zur Ausblendung der prägenden Aufbaujahre vor Gründung der Bundesrepublik führt, läuft eine strukturge-schichtlich orientierte Analyse der langfristigen bundesdeutschen Nachkriegsentwicklung gleichfalls Gefahr, aufgrund eines solchen Zirkelschlusses in Fehlinterpretationen zu geraten. Das gilt für die Mediengeschichte, die sich in vieler Hinsicht nur sehr bedingt an politischen Zäsuren orientiert. Es gilt in besonderem Maße für das Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland, in dem entscheidende Wandlungen seit 1945/46 angelegt waren und weder 1949 mit der Gründung der Bundesrepublik noch 1950 mit dem Schumanplan für die Montanunion noch gar erst 1963 mit dem Elysée-Vertrag einsetzten.²⁰ Dies gilt erst recht für das Saarland, in dem die Wirtschaftsordnung sich mit der Wirtschafts- und Zollunion mit Frankreich bereits 1947/48 wandelte und das erst 1957/59 in die Bundesrepublik eingegliedert wurde. Auch für die Mediengeschichte stellt 1945 zwar im Hinblick auf die Propagandaziele des NS-Regimes einen evidenten Bruch dar, weit weniger jedoch in der technischen und innermedialen Entwicklung.²¹ Für 1949 oder 1955/59 gilt der Bruch ohnehin allenfalls sehr bedingt.

Die Forschung zur Mediengeschichte, auf die hier sowie in den Einzelbeiträgen noch genauer zurückzukommen ist, hat daher mit Recht die Nachkriegsjahre in der Regel in ihren größeren Zusammenhang gestellt. Das bedeutet für das Nachkriegsjahrzehnt aber auch, dass manch neuere medien-geschichtliche Fragestellungen für diese Epoche bislang weniger gut aufgearbeitet wurden als für spätere Jahre. Die Rundfunkforschung zur Nachkriegszeit widmete sich lange umfassend dem institutionellen Aufbau und den Wegen der Gesetzgebung.²² Finanzierung und technische Entwicklung bildeten einen weiteren Schwerpunkt.²³ Im Zusammenhang mit der Programmgestaltung²⁴ galt dem Verhältnis von Journalismus und politischer Macht ein be-

²⁰ Zum Gesamtzusammenhang siehe demnächst die Bände 10 und 11 der vom Deutschen Historischen Institut Paris herausgegebenen *Deutsch-Französischen Geschichte: Corine Defrance/Ulrich Pfeil, Deutschland und Frankreich 1945-1963. Eine Nachkriegsgeschichte in Europa*; *Hélène Miard-Delacroix, Im Zeichen der europäischen Einigung: 1963 bis heute*.

²¹ Vgl. Clemens Zimmermann, *Medien im Nationalsozialismus. Deutschland 1933-1945, Italien 1922-1943, Spanien 1936-1951, Wien/Köln/Weimar 2007*.

²² Vgl. den *Klassiker: Hans Bausch, Hg., Rundfunk in Deutschland, München 1980*.

²³ So bei: *Heinz-Werner Stüber, Medien in Deutschland, Bd. 2 Rundfunk, Konstanz 1998*.

²⁴ Sie bildet einen der Schwerpunkte u. a. bei: *Konrad Dussel, Deutsche Rundfunkgeschichte. Eine Einführung, Konstanz 1999*.

sonderes Augenmerk.²⁵ Die sozialgeschichtliche Forschung thematisierte breit die gesellschaftlichen Kontexte von Rundfunk und Fernsehen²⁶, die Kommunikationswissenschaft die Hörerforschung.²⁷ Für die frühe Nachkriegszeit ist aber beispielsweise die Erforschung politischer Medialisierung und ihrer Visualisierungs- und Stilisierungsprozesse und -strategien²⁸ noch vergleichsweise wenig vorangeschritten. In der Presseforschung stand zunächst in ähnlicher Weise die organisatorische und politische Ebene im Vordergrund.²⁹

Im Saarland prägte die politische Konstellation im Zeitraum von 1945 bis 1955 die langfristige Strukturentwicklung auch in der Medienlandschaft besonders stark. Wenngleich in diesem Werk die im journalistischen und technischen Bereich durchlaufenden Entwicklungslinien im Vordergrund stehen, ist es daher sinnvoll, im 1. Band ein verstärktes Gewicht auf dieses Nachkriegsjahrzehnt zu legen, dessen Kontinuitäten im 2. und 3. Band ebenso ausgearbeitet werden wie die mediale Innovationsebene und neue strukturelle Entwicklungen.

Weit stärker als in irgendeinem anderen alten Bundesland sind an der Saar die Konflikte der 1950er Jahre bis heute lebendig. Das spiegelt sich vereinzelt sogar noch in der jüngeren Forschung wider, obwohl die Lösung von zeitgenössischen Schemata in den letzten Jahrzehnten bereits weit vorangeschritten war und die mit ihnen zusammenhängenden methodischen Probleme umfassend aufgearbeitet wurden.³⁰ Grundlegend und nur scheinbar selbstverständlich ist eine breite, vergleichende Nutzung von Quellen unterschiedlicher Herkunft, um nicht unversehens zeitgenössische partielle Wahrnehmungen – etwa in der bundesdeutschen Saar-Politik – mit Resultaten wissenschaftlicher Analyse zu verwechseln; das geschah in den ersten Jahrzehnten der Forschung auch beispielsweise, wenn für die Untersuchung der französischen Politik amerikanische Akten zugrunde gelegt und Vorurteile der amerikanischen Administration dabei unversehens als eigene Ergebnisse

²⁵ So bei: Wolfram Köhler, Hg., *Der NDR. Zwischen Programm und Politik*, Hannover 1991; Daniela Munkel, *Die Medienpolitik von Konrad Adenauer und Willy Brandt*, in: *Archiv für Sozialgeschichte (AfS)* 41, 2001, S. 297-316; dies., *Willy Brandt und die „Vierte Gewalt“. Politik und Massenmedien in den 50er bis 70er Jahren*, Frankfurt a. M./New York 2005.

²⁶ Vgl. Axel Schildt, *Hegemon der häuslichen Freizeit: Rundfunk in den 50er Jahren*, in: ders./Arnold Sywottek, Hg., *Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre*, Bonn 1993, S. 458-476.

²⁷ Hansjörg Bessler, *Hörer- und Zuschauerforschung*, München 1980.

²⁸ Bernd Weisbrod, Hg., *Die Politik der Öffentlichkeit – Die Öffentlichkeit der Politik. Politische Medialisierung in der Geschichte der Bundesrepublik*, Göttingen 2003.

²⁹ Vgl. die Synthesen von Kurz Koszyk, *Pressepolitik für Deutsche 1945–1949*, Berlin 1986; Konrad Düssel, *Deutsche Tagespresse im 19. und 20. Jahrhundert*, Münster 2004.

³⁰ Siehe hierzu genauer die Einführung in Band 1 sowie Hudemann/Heinen, *Das Saarland*.

übernommen wurden. Solange Frankreich an der Saar die Macht hatte, ist zur Klärung der Herrschaftsstrukturen und der Details der Entscheidungsprozesse die Heranziehung sowohl deutscher wie französischer Quellen bereits aus methodischen Gründen unverzichtbar. Aufgrund der an der Saar ungewöhnlich umfangreichen Vernichtung von Quellenbeständen in staatlichen und nicht-staatlichen Behörden und Institutionen lässt sich vieles aber auch nur unter Heranziehung der Akten des damaligen französischen Hochkommissariates überhaupt rekonstruieren: Die französische Kontrollpolitik produzierte umfangreiches Material unterschiedlicher Herkunft. Für Band 1 dieses Werkes ist die langjährige Zusammenarbeit von Landtag des Saarlandes, Historischem Institut der Universität und französischem Außenministerium in der Erschließung der Quellenbestände, die allen Autoren zur Verfügung standen, daher unverzichtbar gewesen.

In den Jahren bis etwa 1951 hatte die Politik einer engen Anlehnung an Frankreich einen breiten Rückhalt an der Saar.³¹ Der Rückhalt sank jedoch allmählich ab etwa 1951; auf die Gründe dafür ist in der Einleitung zu Band 1 zurückzukommen. Die kommenden Jahre waren innenpolitisch von vielfältigen Polarisierungsprozessen geprägt. So standen die Chancen für das unklare, Frankreich weiter eine starke Position einräumende Europa-Statut schlecht, über das die Saarländer am 23. Oktober 1955 abzustimmen hatten. In diesem Kontext waren die zwei Drittel Nein-Stimmen nicht erstaunlich – der Weg zur Eingliederung der Bundesrepublik war politisch frei. Die Medien standen in diesen Auseinandersetzungen immer von neuem im Mittelpunkt.

All dies führt zu den Fragen nach den spezifischen Zügen und stärker generalisierbaren Entwicklungen auf regionaler Medien-Ebene, welche in dem 1. Band dieses Werkes verfolgt werden, denn eine wichtige Perspektive ist hier, inwieweit die Entwicklung an der Saar trotz der Sonderverhältnisse den allgemeinen Entwicklungslinien der Medien nach dem Zweiten Weltkrieg folgte. Insbesondere soll gefragt werden:

1. Welches waren die Wiederaufbauleistungen im Einzelnen, welchen Anteil hatten französische und deutsche Stellen daran? Welche Kooperations- und welche Konfliktstrukturen ergaben sich, in welchem Verhältnis standen sie zueinander, welche Chancen ergaben sich für nationsübergreifende Strukturen aus der Vernetzung von Kontrolle und Wiederaufbau?

³¹ Vgl. Rainer Hudemann/Raymond Poidevin unter Mitarbeit von Annette Maas, Hg., *Die Saar 1945–1955. Ein Problem der europäischen Geschichte/La Sarre 1945–1955. Un problème de l'histoire européenne*, München 1995; ders./Burkhard Jellonnek/Bernd Rauls, Hg., *Grenz-Fall. Das Saarland zwischen Deutschland und Frankreich 1945–1960*, St. Ingbert 1997; Ludwig Linsmayer, Hg., *Die Geburt des Saarlandes. Zur Dramaturgie eines Sonderweges*, Saarbrücken 2007.

2. Wie stark prägten die Besatzungssituation und zusätzlich die spezifische, von den anderen deutschen Ländern abweichende Situation der Saar die Strukturen und die Inhalte der Medien, ihre Eigentumsverhältnisse, Finanzierung und Abhängigkeiten, wie also differenzierte sich die Medienlandschaft aus?
3. Welchen Einfluss erhielten gesellschaftliche Kräfte wie die Kirchen und wie verhielten sich private und öffentlich-rechtliche Medien zueinander, vor allem in der Entstehung nicht nur des ersten großen Privatsenders, sondern mit „Europe No. 1“ zugleich des ersten deutsch-französischen Senders?
4. Welchen Raum nahmen die in der bisherigen Forschung postulierten, angeblich französisch geprägten Inhalte in den Medien tatsächlich ein und wie sah der Demokratisierungsanspruch der französischen Seite und der saarländischen Regierung in der Praxis aus?
5. Welches waren die Freiräume der Journalisten im Hinblick auf ihre Berichterstattung und auf ihre professionelle Kreativität und Innovationskraft, wie stark wirkte im Gegenteil ihre Kontrolle? Wie gestalteten sich ihre Arbeitsbedingungen und welchen Stellenwert hatten die saarländisch-französischen Vernetzungen?

In der saarländischen Medienlandschaft blieb das Bemühen um europäische oder doch zumindest grenzüberschreitende Bezüge als eines der Erbeiteile der Jahre der Teilautonomie langfristig prägend. Sicher: Es bedürfte einer eingehenderen Untersuchung, inwieweit der deklamatorische Anspruch jeweils eingelöst wurde und wird. Aber allein dieser ist so augenfällig wie in keiner anderen Grenzregion Deutschlands.³² In allgemeinpolitischer Weise findet er auch in der saarländischen Verfassung eine Entsprechung.³³ Die Betonung der Brückenfunktion des Saarlandes politisch wie medial wurde zu einer Konstante fast aller Akteure, wobei sich der Schwerpunkt zunehmend

³² Im Saarländischen Mediengesetz heißt es in § 15, 2: „... Die Rundfunkprogramme sollen ... die interregionale Zusammenarbeit und die internationale Verständigung fördern ...“; Saarländisches Mediengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 27.2.2002 (Amtsblatt 2002, S. 498-500), zuletzt geändert durch Gesetz Nr. 1616 vom 25. 4. 2007 (Amtsblatt 2007, S. 1062). Im Redaktionsstatut der Saarbrücker Zeitung finden sich im 1. Kapitel („Grundsätze für die publizistische Haltung und Aufgabe der ‚Saarbrücker Zeitung‘“) folgende Vorgaben: „Sie bekennt sich zur engen deutsch-französischen Zusammenarbeit. Sie fördert alle Bestrebungen für eine übernationale, wirtschaftliche und politische Einigung Europas“. Die Landespressekonferenz Saar hat schon 1994 ihre Ziele in der Satzung folgendermaßen ergänzt: „Außerdem fördert sie die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Journalistinnen/Journalisten in der Region Saar-Lor-Lux.“; <http://www.lpk-saar.de/start.htm> [24. 4. 2009].

³³ Durch Landtagsbeschluss nahm das Saarland 1992 als erstes Bundesland den Europagedanken sowie die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in die Verfassung auf (Artikel 60, 2): „Das Saarland fördert die europäische Einigung und tritt für die Beteiligung eigenständiger Regionen an der Willensbildung der Europäischen Gemeinschaften und des vereinten Europa ein. Es arbeitet mit anderen europäischen Regionen zusammen und unterstützt grenzüberschreitende Beziehungen zwischen benachbarten Gebietskörperschaften und Einrichtungen.“

von der deutsch-französischen Sichtweise auf eine integrative Funktion innerhalb der Großregion Saar-Lor-Lux verlagerte.³⁴

Der zweite Teil des Gesamtwerkes, die Bände 2 und 3, knüpft an die Schwerpunktsetzungen und Fragestellungen von Band 1 an. Auch hier geht es zunächst darum, über die Geschichte landesspezifischer Medienpolitik hinaus eigenständige Konstellationen und Machtverhältnisse erkennbar zu machen, die über die Zäsur 1955/57 hinaus das kleine Bundesland im Westen prägten, nun im Rahmen einer bundesstaatlichen Ordnung und deutlich demokratisierter Strukturen.

Es sollen auf diesem ersten Forschungsgebiet – insgesamt drei Felder zeichnen sich ab – vor allem die Grundsatzentscheidungen saarländischer Medien- und Kommunikationspolitik seit 1955 analysiert werden, die sich nicht nur entscheidend auf die Konturen der „Medienlandschaft Saar“ auswirkten, sondern die zugleich Licht auf den Gestaltungsspielraum von Medienpolitik für einzelne Länder werfen.³⁵ Zwischen den Grundmodellen einer Autonomisierung des journalistischen „Systems“, der Medien als Ort gesellschaftlicher Selbstbeschreibung und der Medien als Teil von Politik bzw. in einem vermachteten Feld soll hier hindurchgesteuert werden.

Ein zweiter Schwerpunkt der Fragestellung in diesem zweiten Teil des Gesamtwerkes kann mit dem Problemkomplex „Region und Medien“ umschrieben werden. Der Raum erscheint vielfach als unwichtig und fast schon aufgehoben.³⁶ In diese Richtung geht die These der telematischen Auflösung der heutigen Welt (Baudrillard, Virilio)³⁷, die in der Forschung allerdings inzwischen differenziert oder ganz zurückgewiesen wurde. Es ist evident, dass Medien und Medienensembles historisch zur Beschleunigung von Kommunikation und Mobilität beitragen, ebenso zu einer Diversifizierung räumlicher Bezüge. Einige Publikumsmedien überspringen nationalstaatliche Grenzen, eignen sich transnational erfolgreiche Formate an, dies alles hatte

³⁴ Die Großregion Saar-Lor-Lux umfasst das Saarland, Lothringen, Luxemburg, die belgische Region Wallonien sowie Rheinland-Pfalz. Vgl. beispielhaft Bernd Groß u. a., SaarLorLux von A-Z. Handbuch für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Großregion, Baden-Baden 2006; Reinhold Kopp, Zur Geschichte der grenzüberschreitenden Medienarbeit in Saar-Lor-Lux, unveröffentlichtes Manuskript eines Vortrags bei der Tagung „Grenzübergreifende Medienpolitik – Beitrag der Medien zur Saar-Lor-Lux-Identität?“, Elisabeth-Selbert-Stiftung, Saarbrücken, 6. 1. 1997.

³⁵ Grundlegend: Jan Tonnemacher, Kommunikationspolitik in Deutschland. Eine Einführung, Konstanz 2. Aufl. 2003.

³⁶ Vgl. Wolfgang Kaschuba, Die Überwindung der Distanz. Zeit und Raum in der europäischen Moderne, Frankfurt a. M. 2004.

³⁷ Vgl. Michel S. Laguerre, The Digital City. The American Metropolis and Information Technology, New York 2005.

indes neue Territorialisierungen zur Folge.³⁸ Die Globalisierung der Medien, die etwa schon mit dem Telegrafen deutliche Konturen erhielt, verlief in paradoxer Form und jeweils in Teilbereichen, unter ständig neuen Grenzziehungen und als ein Wettbewerb zwischen globalisierten Medien und immer wieder neu aufkommenden enger definierten.³⁹ Eine Internationalisierung von Medienprodukten unter amerikanischer Vorherrschaft fand etwa nach dem Zweiten Weltkrieg im Unterhaltungsbereich, aber nicht bei der Zeitungspresse statt, und heute sind nicht die USA, sondern ist Indien der größte Filmproduzent.⁴⁰ Mediengüter werden an relativ wenigen Orten produziert, aber sie werden kulturell sehr divers sowie dispers angeeignet, und trotz des ständig rascheren Zugriffs auf entfernt produzierte Erzeugnisse behaupteten sich lokale und regionale Produktionen. Demnach anders als es gängige Theorien zu Entstehung einer globalisierten Mediengeschichte⁴¹ häufig beschreiben und anders auch; als es das Modell einer sich immer stärker ortslos vollziehenden, von konkreten Räumen abkoppelnden medialisierten Kommunikationsweise heutiger Gesellschaft vorsieht, soll der Versuch unternommen werden, unter Rückgriff auf konkrete Kommunikationszusammenhänge in Institutionen und Kommunen sowie vor allem durch die Frage nach der „Regionalität“ von Medieninstitutionen und -inhalten eben diese These der Ortslosigkeit der Medienkommunikation grundlegend zu revidieren.

Medien und ihre Produkte stellen nicht nur „Repräsentationen“ von geographischen Räumen oder Teilräumen her – von Städten, Landschaften, Milieus als vorgestellte Räume, als „Bilder“ und „Images“.⁴² Räume sind in den Medien als Imaginationen, als „Bilder“ präsent und nehmen auf mentale Repräsentationen Bezug. Mental verankerte Vorstellungen über die Gestalt, die einem Raum zugerechnet und diesen mit konstituierenden „Ereignisse“, ergeben sich wiederum nicht nur aus den Lebenszusammenhängen, aus sozialer Erfahrung, sondern auch aus den akkumulierten Konstruktionsakten der Medien, die ständig eine Vorstellung über Zusammengehörendes und

³⁸ Vgl. Markus Schroer, *Räume, Orte, Grenzen*, Frankfurt a. M. 2006; Götz Großklaus, *Medien-Zeit. Medien-Raum. Zum Wandel der raumzeitlichen Wahrnehmung in der Moderne*, Frankfurt a. M. 1995.

³⁹ Vgl. Georgette Wang, Hg., *New Communications landscape: demystifying media globalization*, London 2000; Wüstenrot Stiftung, Hg., *Räumlicher Strukturwandel im Zeitalter des Internets. Neue Herausforderungen für Raumordnung und Stadtentwicklung. Ein Forschungsprojekt der Wüstenrot Stiftung am Institut für Weltwirtschaft (IfW) an der Universität Kiel, Wiesbaden 2004.*

⁴⁰ Vgl. David Morley/Kevin Robins, *Spaces of Identity. Global Media, Electronic Landscapes and Cultural Boundaries*, London 2002; Nick Couldry, *The Place of Media Power: Pilgrims and Witnesses of the Media Age*, London 2000.

⁴¹ Vgl. Patrick Donges/Otfried Jarren/Heribert Schatz, Hg., *Globalisierung der Medien?*, Opladen 1999.

⁴² Vgl. Jochen Guckes/Sandra Schürmann, *Stadtbilder und Stadtrepräsentationen (= Informationen zur modernen Stadtgeschichte H. 1/2005).*

nicht Zusammengehörendes mit hervorrufen.⁴³ Raum ist weiterhin wichtig⁴⁴ und mit dem Forschungsprojekt „Medienlandschaft Saar“ ergab sich die einzigartige Chance, die Bedeutung von Raum für Medienrepräsentationen, Medieninhalte (qualitativ und quantitativ) und die wirtschaftlich relevanten Strategien der hauptsächlichen Medieninstitutionen als Akteure empirisch zu untersuchen. Die generellen Beziehungen zwischen „Raum“ und „Medien“ werden auch hier auf verschiedenen analytischen Ebenen beschrieben. Weniger geht es hier um den konkreten, materiellen, physischen Raum des Saarlandes als um die Beziehungen von repräsentiertem Raum und der Logik der Einzelmedien Rundfunk/Fernsehen und Zeitung.

„Regionen“ als wissenschaftliche Untersuchungseinheiten sind in den letzten Jahrzehnten für die Medien- und Geschichtswissenschaften wichtig geworden, so auch für die Mediengeschichte. Dazu trug bei, dass sich insbesondere der Hörfunk seit den 1970er Jahren auf den Handlungsrahmen und die Zuhörerschaft von Regionen einstellte, sich dadurch eine Signatur geben, Zuhörer verstärkt binden und auf regionale Kommunikation eingehen wollte. Über solche Wellen oder Programme werden seitdem regionsspezifische Bilder projiziert und regionale Eigenarten dargestellt. Potenziell können regionale Rundfunkprogramme raumsymbolisches Bewusstsein stärken. Die räumliche Nähe wird zum Kriterium der Nachrichtenauswahl, hat Vorrang vor Nationalem und Globalem. Die Programme „schaffen Orientierungspunkte im Raum, zeigen räumliche Zusammenhänge und Grenzen auf, sie vermitteln eine Vorstellung von dem Gebiet, in dem man lebt.“⁴⁵ Sie können, wenn sie journalistisch geeignet sind und sich sonst wenig artikulationsstarken Gruppen in den ländlichen Regionen wirklich zuwenden, als positives Integrationsmedium wirken. Solange der Hörfunk allerdings nicht mit eigenen Veranstaltungen vor Ort in Begegnungsöffentlichkeiten präsent ist, wird er wenig glaubwürdig sein – und er musste stets damit rechnen, dass genau beobachtet wurde, ob er die anvisierten Gebiete als bereits angelegte, auch über gemeinsame Geschichte erfahrene Kommunikationsräume tatsächlich berücksichtigte. Heute spielt unmittelbare, gleichsam „physische“ Präsenz des Rundfunks in ländlichen Räumen, das Auftreten etwa von Moderatoren auf Stadtfesten oder Partys, die dem Publikum als persönlich bekannt er-

⁴³ Vgl. Pierre Bourdieu, Was heißt Sprechen?, Wien 1990, S. 94–103.

⁴⁴ Vgl. Martina Heßler, Vernetzte Wissensräume. Zur Bedeutung von Orten in einer vernetzten Welt, in: Technikgeschichte 70:4, 2003, S. 235–253.

⁴⁵ Ruth Freibott, Regionalisierung im Rundfunk – quantitative und qualitative Analyse eines Regionalprogramms, in: Berichte zur deutschen Landeskunde 63, 1989, S. 109–124, Zitate S. 109, 115; vgl. auch Norbert Jonscher, Lokale Publizistik. Theorie und Praxis der örtlichen Berichterstattung. Ein Lehrbuch, Opladen 1995; Walter Klingler/Edgar Lersch, Hg., Regionalisierung im Rundfunk. Eine Bilanz der Entwicklung seit 1975, Konstanz 2001.

scheinen, eine ausgeprägte Rolle, um tatsächlich Ansehen zu gewinnen und die Funktion der Programme zu unterstützen.⁴⁶ (Lokale und) regionale Medien knüpfen an (lokale und) regionale Identitäten an und rufen ständig die Abgrenzung des Eigenen, die Zusammengehörigkeit eines Raumes in Erinnerung und stärken sie, zumindest aber verbreiten sie Wissen über Ereignisse und Strukturprobleme über die einzelnen Gemeinden, Regionen und – inzwischen – Großregionen hinaus.⁴⁷ So ermöglichen sie ihre Fortexistenz in Konkurrenz mit den überregionalen Medien, zumal im Zeichen des Internets, die im untersuchten Zeitraum technisch immer stärker verfügbar wurden und tatsächlich ja auf eine prinzipielle Globalisierung der Informationsflüsse hinausliefen.

Ein dritter Schwerpunkt der Bände 2 und 3 geht von der Überlegung aus, ungelöste und unterschätzte Probleme der heutigen mediengeschichtlichen und kommunikationswissenschaftlichen Forschung am sehr weitgehend unberücksichtigten Beispiel des Saarlandes aufzugreifen. Das Interesse geht hier auf Modernisierungsprozesse im Mediensystem, die Wechselbezüge von politischer Öffentlichkeit und Medien sowie die Frage nach der Repräsentation sozialer Bewegungen und Minderheiten in den saarländischen Medien. Die heute in den Medienwissenschaften und der Mediengeschichte interessierende Frage nach der Bedeutung von Skandalisierung⁴⁸ kann hier nur gelegentlich aufgegriffen werden, so im Zusammenhang eines „Kulturkampfes“ 1967/68 und der späteren Bemühungen um eine Verschärfung des Pressegesetzes, indes sollen zentrale Komplexe des heutigen mediengeschichtlichen Forschungsfeldes über miteinander verbundene Längs- und Querschnittsuntersuchungen thematisiert werden.

Besondere Aufmerksamkeit findet erstens der Komplex der Medialisierung⁴⁹ von Politik, der mit einem spezifischen Verhältnis von Politik und

⁴⁶ Vgl. Will Teichert, *Die Region als publizistische Aufgabe*, Hamburg 1982.

⁴⁷ Vgl. Thomas Bauer, *Regionale Medien als Spiegel regionalen Bewusstseins. Eine empirische Untersuchung zur Mediennutzung und zum aktionsräumlichen Verhalten im Landkreis Neumarkt, Regensburg 1997*; Heinz-Werner Wollersheim/Sabine Tzschaschel/Matthias Middell, Hg., *Region und Identifikation*, Leipzig 1998.

⁴⁸ Vgl. zur Interaktion von öffentlicher Meinung, Zeitungspresse und Monarchiediskurs im späten Kaiserreich: Martin Kohlrausch, *Der Monarch im Skandal. Die Logik der Massenmedien und die Transformation der wilhelminischen Monarchie*, Berlin 2005. Vgl. auch Frank Bösch, *Öffentliche Geheimnisse. Skandale, Politik und Medien in Deutschland und Großbritannien 1880–1914*, München 2009; Christian Pundt, *Medien und Diskurs: zur Skandalisierung von Privatheit in der Geschichte des Fernsehens*, Bielefeld 2009.

⁴⁹ Grundlegend u. a.: Max Kaase, *Demokratisches System und die Mediatisierung von Politik*, in: Ulrich Sarcinelli, Hg., *Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft*, Bonn 1998, S. 24–51; Siegfried Weischenberg/Maja Malik/Armin Scholl, *Die Souffleure der Mediengesellschaft. Report über die Journalisten in Deutschland*, Konstanz 2006; Klaus-Dieter Altmeppen/Ulrike Röttger/Günter Bentele, Hg., *Schwierige Verhältnisse. Interdependenzen zwischen Journalismus*

Medien einhergeht und, gerade im Saarland, auf enge Kontakte und Netzwerkbildung zwischen Politikern und Journalisten hinauslief und -läuft. Es geht um die Gründungsgeschichte der Landespressekonferenz als Forum des Kontakts von Journalisten und Vertretern der politischen Institutionen, um Auswirkungen neuer Informationstechnologien und der Ökonomisierung der Medien auf die Weise, wie über „Politik“ berichtet wird.

Zweitens geht es um Modernisierung im Bereich des Journalismus, die Organisation, Kommunikationsformen und Inhalte der Arbeitstätigkeit.⁵⁰ Insbesondere werden interne Professionalisierungsprozesse untersucht, es sollen die Anstöße und treibenden Kräfte beleuchtet werden, die Innovationen im journalistischen System – häufig für die Betroffenen unerwünscht – durchführen. Als Kriterien sollen die Beschleunigung der Nachrichtenflüsse, Wandlungen der Nachrichtenorientierung, grundlegende Entwicklungen bei Visualisierungsstrategien und im Layout im Vordergrund stehen. Wie nach sozialen Kosten und subjektiven Einschätzungen von organisatorischen und technischen Innovationen bei Journalisten gefragt wird, so werden die parallelen Entwicklungen bei der Organisation von Informationsflüssen in organisationssoziologischer, kommunikationsgeschichtlicher wie praxeologischer Perspektive untersucht.

Drittens stehen die Innovationsprozesse bei den medialen Programmen (Rundfunk und Zeitung) selbst im Vordergrund. Es wird danach gefragt, wie dynamisch sie verliefen, auch im Vergleich zu anderen Regionen. Die frühzeitige Einführung einer Popwelle und kommerzialisierter Hörfunkprogramme wird sich als Vorgriff auf die Entwicklung zum dualen Rundfunksystem der Bundesrepublik darstellen, auch die geschilderte Einführung des „Leserreporters“ verweist auf beträchtliches Innovationstempo.⁵¹

Schließlich wird viertens auf inhaltsanalytischer Ebene die Frage nach der medialen Repräsentation von Minderheiten aufgegriffen, um daran zu testen, wie stark Medienstile und Kommunikationspflogenheiten regionaler

und PR, Wiesbaden 2004; Thomas Mergel, Politischer Journalismus und Politik in der Bundesrepublik, in: Clemens Zimmermann, Hg., Politischer Journalismus, Öffentlichkeiten und Medien im 19. und 20. Jahrhundert, Ostfildern 2006, S. 193–211; Daniela Münkkel/Lu Seegers, Hg., Medien und Imagepolitik im 20. Jahrhundert. Deutschland, Europa, USA, Frankfurt a.M./New York 2008.

⁵⁰ Vgl. Wolfgang Donsbach, Journalismus und journalistisches Berufsverständnis, in: Wilke, Mediengeschichte, S. 489–517; Michael Kunczik, Journalismus als Beruf, Köln/Wien 1988.

⁵¹ Vgl. Ruth Ayaß/Jörg Bergmann, Hg., Qualitative Methoden der Medienforschung, Hamburg 2006; Hans Jörg Bessler, Hörer- und Zuschauerforschung, München 1980; Hans Mathias Kepplinger, Theorien der Nachrichtenauswahl als Theorien der Realität, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (ApuZ) B 15/89, S. 3–16; Walter Klingler/Walter/Gunnar Roters/Oliver Zöllner, Hg., Fernsehforschung in Deutschland. Themen – Akteure – Methoden, Baden Baden 1998; Rüdiger Schulz, Art. Mediaforschung, in: Elisabeth Noelle-Neumann/Winfried Schulz/Jürgen Wilke, Hg., Fischer Lexikon Publizistik Massenkommunikation, Frankfurt a. M. 2002, S. 183–213.

politischer Kultur auf ein Feld durchschlagen, das bislang eher aktualistisch als historisch untersucht wurde.

Es wird bei all dem davon ausgegangen, dass Einzelmediengeschichte, d. h. die von Presse, von Hörfunk, von Fernsehen⁵², nicht in „medienwissenschaftlich“ deduzierten Modellen untergehen sollte. Allerdings rücken auch hier immer wieder die intermedialen Relationen und Konkurrenzen in den Vordergrund – nicht nur auf der Ebene der Berichterstattung, sondern im Hinblick auf konvergierende Eigenlogiken. Ihre Funktion in der Geschichte von Öffentlichkeiten und Politisierung⁵³ soll exemplarisch über einen Beitrag zu den Neuen Sozialen Bewegungen der 1970er Jahre geklärt werden.⁵⁴

Alle hier vertretenen Einzelstudien betonen die Kontinuitätslinien ihrer Gegenstände, machen dann aber doch Brüche und überraschende Wendungen klar. Sie sehen weniger einen internationalen als den nationalen und landespolitischen Kontext der beschriebenen Entwicklungen. Ebenso wird klar werden, dass die Geschichte technischer und organisatorischer medialer Modernisierung sowie Konkurrenz keineswegs hergebrachten politischen Zäsuren der Zeitgeschichte entsprach – obwohl die Bände 2 und 3 mit einer solchen politischen Zäsur beginnen, dem Prozess der Eingliederung des Saarlandes in die Bundesrepublik Deutschland, und auch hier die politisch-gesellschaftliche Umbruchsituation politischer Kultur der Bundesrepublik deutlich aufscheint.

Es geht bei all dem also darum, jeweilige historische Konstellationen, Konturen und Gestaltungsspielräume innerhalb einer regionalen Medienlandschaft an der Saar über einen historisierenden Zugriff erkennbar zu machen. Anders als in den meist ahistorischen Kommunikationswissenschaften, aber unter Rückgriff auf deren Ergebnisse und teils auch Methoden, sollten

⁵² Exemplarisch etwa: Hans Mathias Kepplinger, Zeitungsberichterstattung im Wandel, in: Jürgen Wilke, Mediengeschichte, S. 195–210; vgl. zum Typ der Regionalzeitung in historischer Perspektive: Gerd Meier, Zwischen Milieu und Markt. Tageszeitungen in Ostwestfalen 1920–1970, Paderborn 1999; wichtig auch: Stefan Kursawe, Vom Leitmedium zum Begleitmedium. Die Radioprogramme des Hessischen Rundfunks 1960–1980, Köln/Weimar/Wien 2004; Gerhard Lampe, Panorama, Report und Monitor. Geschichte der politischen Fernsehmagazine 1957–1990, Konstanz 2000; Peter Marchal, Kultur- und Programmgeschichte des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in der Bundesrepublik Deutschland, 2 Bde., München 2004.

⁵³ Vgl. Frank Bösch/Norbert Frei, Hg., Medialisierung und Demokratie im 20. Jahrhundert, Göttingen 2006; Münkler, Willy Brandt und die „Vierte Gewalt“; Julia Angster, Der neue Stil. Die Amerikanisierung des Wahlkampfes und der Wandel im Politikverständnis bei CDU und SPD in den 1960er Jahren, in: Matthias Frese/Julia Paulus/Karl Teppe, Hg., Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik, Paderborn 2003, S. 181–204.

⁵⁴ Vgl. Christina von Hodenberg, Konsens und Krise. Eine Geschichte der westdeutschen Medienöffentlichkeit 1945–1973, Göttingen 2006; dies., Die Journalisten und der Aufbruch zur kritischen Öffentlichkeit, in: Ulrich Herbert, Hg., Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945–1980, Göttingen 2002, S. 278–311.

nicht punktuelle Erhebungen erfolgen, sondern wurden Teil-Überblicke und retrospektive Thematisierung privilegiert. Erst über den historischen Zugriff wird sich im Folgenden zeigen, dass es sich tatsächlich um ein Kontinuum einer immer stärker vernetzten, aber durchaus eigenständigen Medienlandschaft handelte – mit je eigenen Modernisierungsimpulsen und Machtgefügen.

Rainer Hudemann

Einführung in den Band 1

Besatzungsherrschaft und Demokratisierung – dieses Spannungsfeld brachte die französische Politik in Deutschland in den Nachkriegsjahren immer von neuem in Widersprüche und Zielkonflikte. In der Einführung zum Gesamtwerk wurden die Faktoren, welche hinter der Pariser Politik standen, dargelegt. In Wiederaufbau und Kontrolle der Medienlandschaft spitzten die Widersprüche sich zu. An der Saar erhielten sie eine besondere Ausprägung und sollten die Medienlandschaft auf Jahrzehnte hinaus maßgeblich formen. Der erste Band dieses Werkes stellt die saarländischen Medien daher stärker als die beiden Folgebände in den größeren deutsch-französischen Zusammenhang, dessen Bedingungen sich nach Kriegsende rasch von den übrigen Teilen des ehemaligen Deutschen Reiches zu unterscheiden begannen.

In seiner ersten öffentlichen Rede im Nachkriegsdeutschland rief de Gaulle auf den Stufen des Saarbrücker Rathauses am 3. Oktober 1945 aus: „Wir stehen an Ihrer Seite. Als Westeuropäer müssen wir trotz allem, was sich zwischen uns gestellt haben mag, in eine gemeinsame Richtung arbeiten und uns gegenseitig verstehen.“¹ Ähnliche Reden folgten in den nächsten beiden Tagen in einem halben Dutzend südwestdeutscher Städte, von Trier bis Freiburg.

In der französischen Öffentlichkeit, in der de Gaulle dafür sofort harsche Kritik ertete, war für solche Überlegungen aber noch kein Raum: Hier war Wiedergutmachung, wenn nicht Revanche gefordert und die Nutzung deutschen Wirtschaftspotenzials für den französischen Wiederaufbau. Das entsprach auch der Erwartungshaltung der deutschen Bevölkerung: Eine harte französische Revanchepolitik, wie Goebbels' Propaganda sie seit Monaten für den Fall einer deutschen Niederlage angekündigt hatte. Die Ruine des im Pfälzischen Erbfolgekrieg 1689 zerstörten Heidelberger Schlosses hatte im deutschen Südwesten jedermann als Symbol französischer Kriegführung im Kopf. Die harten Konfrontationen der Rheinlandbesetzung und des Ruhrkampfes lagen kaum ein Vierteljahrhundert zurück. Dass Frankreich eine

¹ Zitiert in: *Le Monde*, 4.10.1945 Nr.248, S.8, abgedruckt in: Rainer Hudemann/Armin Heinen in Zusammenarbeit mit Johannes Großmann und Marcus Hahn, Hg., *Das Saarland zwischen Frankreich, Deutschland und Europa 1945–1957. Ein Quellen- und Arbeitsbuch. Mit einer CD-Rom zum Abstimmungskampf* von Susanne Dengel, Saarbrücken 2007, S.238f. Das Werk enthält ausgewählte, zumeist erstmals veröffentlichte Quellentexte, eine Chronologie sowie umfassende weiterführende Informationen zu Forschungsstand und Forschungskontroversen, die im Folgenden nur knapp angedeutet werden können.

Rekonstruktionspolitik in Deutschland ins Auge fassen könnte, passte nicht in dieses vorgeprägte Bild. Lange beherrschten denn auch Demontagen, Abholzung des Schwarzwaldes, schikanöse Verwaltung und Nutzung der deutschen Ressourcen in der Art einer „Ausbeutungskolonie“² fast allein das öffentliche Bewusstsein. Das verstellt bisweilen noch bis heute den Blick für die Vielschichtigkeit der Realitäten in der Nachkriegszeit, bis in Teile der Forschung hinein.³ Tatsächlich fand die deutsch-französische Annäherung schon seit 1945 gerade in dem Bemühen, Fehler der Vergangenheit nicht zu wiederholen, und in den Sachzwängen, die sich aus den eigenen Interessen und aus der Verantwortung für das besetzte Deutschland ergaben, ihre ersten Wurzeln.

Dietmar Hüser hat in der bisher differenziertesten Analyse der hoch komplexen französischen Politik gezeigt, wie in öffentlichen Erklärungen – tatsächlich oder, wie genaue Lektüre das erweist, oft auch nur scheinbar – eine harte Linie vorherrschte, jedoch sowohl intern als auch in der politischen Praxis seit dem Winter 1945/1946 sehr viel differenziertere Konzepte an Raum gewannen. Er spricht daher von einer „doppelten Deutschlandpolitik“.⁴ Und die Nutzung deutschen Potenzials für Frankreich setzte ohnehin voraus, die Produktion der deutschen Industrie erst einmal wieder in Gang zu bringen. Der erste Hochofen wurde schon im November 1945 wieder angeblasen – an der Saar.⁵

Tatsächlich wurde das, was man auf französischer Seite ab dem Herbst 1945 offiziell als „Demokratisierungspolitik“ bezeichnete, zu einem Kern-

² So Theodor Eschenburg, *Jahre der Besetzung 1945–1949*, Stuttgart 1983, S. 96; als stellvertretender Innenminister von Württemberg-Hohenzollern hatte Eschenburg unzählige Konflikte mit der Besatzungsmacht ausgefochten.

³ Überblick über den Wandel in der Forschung der letzten Jahrzehnte: Rainer Hudemann, *L'occupation française après 1945 et les relations franco-allemandes*, in: Marie-Bénédicte Vincent, Hg., *La dénazification*, Paris 2008, S. 189–210, 343–347. Siehe zur Erklärung der Einseitigkeit mancher deutschen Wahrnehmungs- und Erinnerungsmuster, welche insbesondere im Zusammenbruch der scheinbar erfolgreichen Techniken der nationalsozialistischen Finanz- und Wirtschaftspolitik 1945 sowie in deren Folgen für die Bildung des Schwarzen Marktes und für die soziale und wirtschaftliche Lage der Bevölkerung gründen: Rainer Hudemann, *Sozialpolitik im deutschen Südwesten zwischen Tradition und Neuordnung 1945–1953. Sozialversicherung und Kriegsopferversorgung im Rahmen französischer Besatzungspolitik*, Mainz 1988, S. 31–124.

⁴ Dietmar Hüser, *Frankreichs „doppelte Deutschlandpolitik“*. Dynamik aus der Defensive – Planen, Entscheiden, Umsetzen in gesellschaftlichen und wirtschaftlichen, innen- und außenpolitischen Krisenzeiten 1944–1950, Berlin 1996. Siehe zum Gesamtzusammenhang demnächst die Bände 10 und 11 der vom Deutschen Historischen Institut Paris herausgegebenen *Deutsch-Französischen Geschichte: Corine Defrance/Ulrich Pfeil, Deutschland und Frankreich 1945–1963. Eine Nachkriegsgeschichte in Europa*; Hélène Miard-Delacroix, *Im Zeichen der europäischen Einigung: 1963 bis heute*.

⁵ Siehe zum Verhältnis von Wirtschaft, Politik, Sozialgeschichte und Mentalitäten umfassend: Armin Heinen, *Saarjahre. Politik und Wirtschaft an der Saar 1945–1955*, Stuttgart 1996. Im Internet zugänglich: <http://darwin.bth.rwth-aachen.de/opus3/volltexte/2008/2334/> [15. 5. 2009].

bestandteil neuer französischer Sicherheitspolitik: Wollte man einen weiteren Krieg verhindern, so musste der deutsche Nachbar sich in die Normen der westlichen Welt einfügen – also ‚demokratisiert‘ und nicht nur, wie nach 1919, militärisch und wirtschaftlich kontrolliert werden.⁶ In der in der Gesamteinleitung zitierten geheimen ersten Deutschland-Spitzendirektive von Regierungschef de Gaulle klang dieser Sinneswandel im Juli 1945 bereits an. Auf zahlreichen Feldern begann man ihn 1945/1946 auch in die Praxis umzusetzen, vom stets strikt kontrollierten Parteien- und Gewerkschaftsaufbau über eine phantasievolle Kulturpolitik – beispielsweise in Schulen, Hochschulen, Volkshochschulen oder literarischen, historischen und modernen Kunstaussstellungen – bis hin zu grundlegenden Reformen in der Sozialversicherung.⁷

An der Saar war die Lage zugleich ähnlich und anders als in den übrigen Teilen der französischen Besatzungszone. Diese bestand aus dem späteren, 1946 gegründeten Rheinland-Pfalz sowie aus Süd-Baden und Württemberg-Hohenzollern, die 1952 mit dem amerikanisch besetzten nördlichen Württemberg-Baden zum heutigen Bundesland Baden-Württemberg zusammenfügt wurden. In der französischen Öffentlichkeit ging man, wie auch im zuständigen Parlamentsausschuss, 1945 ganz selbstverständlich davon aus, dass die Saar annektiert würde. De Gaulle lehnte Annexionen aber schon seit 1944 intern und öffentlich grundsätzlich ab.⁸ Daraus folgten zwei Jahre einer unklaren Politik, in welcher sich die Priorität einer Beherrschung der saarländischen Wirtschaft rasch herauskristallisierte, das politische Statut aber schemenhaft blieb. Das 1945 schnell entstandene *Mouvement pour le Rattachement de la Sarre à la France* (MRS) hielten die französischen Stellen sofort auf Distanz und gaben ihm keine amtliche Legitimation. In de Gaulles erster spezieller Direktive für die Saar wurden die Ziele für die Region Ende

⁶ Rainer Hudemann, Kulturpolitik im Spannungsfeld der Deutschlandpolitik. Frühe Direktiven für die französische Besatzung in Deutschland, in: Franz Knipping/Jacques Le Rider, Hg., Frankreichs Kulturpolitik in Deutschland, 1945–1950. Ein Tübinger Symposium, 19. und 20. September 1985, Tübingen 1987, S. 15–31.

⁷ Corine Defrance, *La politique culturelle de la France sur la rive gauche du Rhin 1945–1955*, Straßburg 1994; Heinrich Küppers, *Bildungspolitik im Saarland 1945–1955*, Saarbrücken 1984; Hans-Christian Herrmann, *Sozialer Besitzstand und gescheiterte Sozialpartnerschaft. Sozialpolitik und Gewerkschaften im Saarland 1945 bis 1955*, Saarbrücken 1996; Martin Schieder, *Im Blick des anderen. Die deutsch-französischen Kunstbeziehungen 1945–1959*, Berlin 2005; Hudemann, *Sozialpolitik*.

⁸ Hüser, „Doppelte Deutschlandpolitik“, unter anderem S.257. Zur Frage der Saar-Annexion: Rainer Hudemann, *Die Saar zwischen Frankreich und Deutschland 1945–1947*, in: Ders./Raymond Poidevin unter Mitarbeit von Annette Maas, Hg., *Die Saar 1945–1955. Ein Problem der europäischen Geschichte/La Sarre 1945–1955. Un problème de l'histoire européenne*, München 1992, 2. Aufl. 1995, S. 13–34. Der Band beruht auf mehrtägigen Diskussionen von Zeitzeugen mit Historikern im Plenarsaal des Saarländischen Landtags 1990.

August 1945 genauer gefasst in der Hoffnung, die Saar-Bevölkerung langfristig für eine eigene Entscheidung für Frankreich zu gewinnen. Als „Assimilierung“ bezeichnete man diese Politik, in klarer Distanzierung von „Annexion“. Die Direktive verfügte auch für die Saar bereits „die Gründung einer Zeitung in deutscher Sprache unter Kontrolle der Militärregierung“; die Sender Straßburg und Luxemburg sollten um deutschsprachige Programme für die Saar gebeten werden.⁹

Schon bald wurde die Saar administrativ von der übrigen französischen Zone, deren oberste Militärregierung unter General Pierre Koenig in Baden-Baden residierte, zunehmend abgesondert.¹⁰ Erst 1947 gewannen die Planungen aber an Profil: Michel Debré, eine der führenden Persönlichkeiten der gaullistischen Widerstandsbewegung im Krieg, erhielt die Leitung der neu geschaffenen Saar-Abteilung im französischen Außenministerium und begann mit detaillierten Planungen. So wollte er zwar ein parlamentarisches System wie in den andern Ländern Westdeutschlands aufbauen, dieses jedoch mittels einer schwachen kollegialen Regierung und regelmäßiger teilweiser Erneuerung des Landtages unter enge eigene Kuratel stellen. Dem steuerte – ohne dass die deutsche Seite es ahnte¹¹ – der eigene französische Gouverneur an der Saar gegen, und zwar mit Erfolg: Gilbert Grandval, gleichfalls ein führender Gaullist mit hohem Résistance-Prestige¹², ließ die Verfassungsgebende Versammlung des Saarlandes entgegen der klaren Pariser Anweisung eine deutsche Landesverfassung wie in den übrigen Ländern schreiben, in der zusätzlich aber die Wirtschafts- und Währungsunion mit Frankreich Verfassungsrang erhielt: Grandval wollte ein autonomes Saarland als deutsch-französische Brücke, kein Protektorat wie Debré.¹³ Als der Landtag nach der Eingliederung der Saar in die Bundesrepublik 1957 eine

⁹ Directives particulières concernant la Sarre, 25. 8. 1945, abgedruckt in: Hudemann/Heinen, Das Saarland, S. 235f.

¹⁰ Umfangreiche Einzelinformationen gibt: Robert H. Schmidt, Saarpolitik 1945–1957, 3 Bde., Berlin 1959–1962. Einen breiten Zugang zur Forschung über die Saar nach dem Krieg, die hier nur exemplarisch zitiert werden kann, eröffnen Einleitung und Bibliographie in: Hudemann/Heinen, Das Saarland; Ludwig Linsmayer, Hg., Die Geburt des Saarlandes. Zur Dramaturgie eines Sonderweges, Saarbrücken 2007.

¹¹ Mitteilung von Franz Schlehofer, 1947 Leiter des Büros der Verfassungskommission, an den Autor 1994.

¹² Siehe Dieter Marc Schneider, Gilbert Grandval. Frankreichs Prokonsul an der Saar 1945–1955, in: Stefan Martens, Hg., Vom „Erbfeind“ zum „Erneuerer“. Aspekte und Motive der französischen Deutschlandpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg, Sigmaringen 1993, S. 201–243.

¹³ Rainer Hudemann, 50 Jahre Landtag – 40 Jahre Bundesland. Notizen zur saarländischen Identität, in: 50 Jahre Landtag des Saarlandes. Protokoll der Sondersitzung des saarländischen Landtages aus Anlass seines 50jährigen Bestehens am 12. September 1997, Saarbrücken 1997, S. 21–36, auf Grundlage der persönlichen Annotationen Grandvals auf seinen Verfassungsentwürfen und seiner höchst konfliktreichen Korrespondenz mit Debré.

neue Verfassung schreiben wollte, stellte die zu diesem Zweck gewählte Kommission fest, dass es außer der Annullierung der Wirtschaftsunion im eigentlichen Regierungssystem fast gar nichts zu revidieren gab: Die, wie man glaubte, von Frankreich den Saarländern aufoktroyierte Verfassung war in Wirklichkeit die gewesen, die man selbst gewollt hatte. Auch der Wirtschaftsanschluss hatte 1947 einen breiten Rückhalt in der Bevölkerung, welche beunruhigt auf die Hungerunruhen in den deutschen Westzonen blickte und von Frankreich besser versorgt wurde als die übrige Zone. Die saarspezifische Kultur- und Sozialpolitik hatte daran ebenso Anteil wie die desaströse Lage im Inneren Deutschlands und die im Vergleich dazu stabile Situation der Siegermacht Frankreich.

Die französische Forderung nach dem Verfassungsrang für die Wirtschafts- und Währungsunion sollte sich für die Medienlandschaft jedoch ebenso wie für die politischen Auseinandersetzungen in den 1950er Jahren und für die kollektive Erinnerung als ein Pulverfass erweisen: Sie wurde zum Kristallisationspunkt nicht nur der Medien-, sondern auch der allgemeinen Konflikte und ihrer Fortwirkung, bis in die aktuelle politische und wissenschaftliche Diskussion hinein. Seit 1950 wuchsen allmählich die Kräfte im Land, welche die Wirtschaftsunion kritisch einschätzten. Die liberale Demokratische Partei des Saarlandes (DPS) schrieb sich die Kritik, nach einem personellen Wechsel an der Spitze, auf die Fahnen und wurde daraufhin 1951 verboten – zunächst erregte das im übrigen noch kein größeres Aufsehen.¹⁴ Die Regierung, vor allem die ehemaligen Emigranten in ihr, sahen den Zusammenbruch des deutschen Parlamentarismus zwischen 1930 und 1933 und das eigene Schicksal nach 1935 vor sich: Verfassungsgegnern, so die politische und formaljuristische Argumentation, durfte nicht erneut Raum gegeben werden. Als „Demokratie unter pädagogischem Vorbehalt“ hat Armin Heinen diese Politik charakterisiert.¹⁵ 1952 gaben 25 Prozent der Wähler ihrem Protest gegen die Nichtzulassung von Parteien, welche gegen die Wirtschaftsunion eintraten, in der Abgabe weißer Stimmzettel symbolisch Ausdruck – so viele, wie die Regierung erwartet hatte; die große Mehrheit stand aber immer noch hinter ihr, trotz der für alle sichtbaren Parteien- und Medienkontrolle. Die Kommunistische Partei war trotz ihrer gesamtdeutschen Linie nicht verboten. Das allmählich in den Vordergrund tretende Ziel „Eu-

¹⁴ Winfried Becker, Die Entwicklung der politischen Parteien im Saarland 1945 bis 1955 nach französischen Quellen, in: Hudemann/Poidevin, Die Saar, S.253–296; Marcus Hahn, Die DPS. Liberaler Neuanfang im deutsch-französischen Spannungsfeld, in: Rainer Hudemann/Burkhard Jellonnek/Bernd Rauls unter Mitarbeit von Marcus Hahn, Hg., Grenz-Fall. Das Saarland zwischen Frankreich und Deutschland 1945–1960, St. Ingbert 1997, S. 199–224; der Band enthält unter anderem Zusammenfassungen studentischer unpublizierter Qualifikationsarbeiten.

¹⁵ Heinen, Saarjahre, S.238, zum DPS-Verbot S.391–393.

ropa“ gewann an Attraktivität, es verankerte sich zusehends in der Bevölkerung – und in der Medienlandschaft.

1945 war die französische Zone von allen zentralen deutschen Verwaltungsstellen nicht nur auf Ebene der Länder-Regierungen, sondern auch in Post, Bahn, Sozialversicherung und ähnlichen für den Alltag unentbehrlichen Bereichen durch die Einteilung der Besatzungszonen abgeschnitten worden: Karlsruhe, Stuttgart, München, Düsseldorf, Berlin – sie alle lagen außerhalb der französischen Zone. In vielen Bereichen, in denen Reformkräfte ans Werk gehen wollten, eröffnete aber gerade diese erzwungene und unübersichtliche Dezentralisierung bald Handlungsmöglichkeiten auf lokaler und regionaler Ebene, beispielsweise in der Sozialpolitik. Das galt ebenfalls für die Medien. Der französische Regierungsbefehl zu ihrem Wiederaufbau kam ihnen trotz der engen Kontrolle rasch ebenso zugute wie, an der Saar, Frankreichs Tendenz zu einer Sonderstellung des Gebietes. Geradezu buchstabengetreu nach de Gaulles zitierter Anweisung vom Juli 1945, gewann man in Freiburg bedeutende Journalisten der ehemaligen „Frankfurter Zeitung“ für den Aufbau der „Badischen Zeitung“, und auf den Maschinen der „Mainzer Allgemeinen Zeitung“ sollte noch lange Zeit die in der amerikanischen Zone gelegene neue „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ gedruckt werden.¹⁶ Mit der Gründung des „Südwestfunks“ (SWF) ging man in Süd-Baden sogleich an die Umsetzung der Regierungsdirektive in der französischen Zone.¹⁷ Für die Saar bedeuteten die Abtrennungstendenzen, dass eine eigenständige Rundfunkstation schon bald politisch gleichfalls erwünscht war und gefördert wurde. Sowohl die Unklarheiten als auch die frühen Wiederaufbauchancen in der saarländischen Medienlandschaft, wie Natalie Pohl und Paul Burgard sie für diese Monate in Band 1 dieses Werkes schildern, erklären sich aus den vielschichtigen Ambivalenzen der Situation 1945.

Unter den politischen Kräften, welche 1946/1947 in die neuen Führungspositionen an der Saar einrückten, erhielten Rückkehrer aus dem Exil, in welche der Ausgang der Saar-Abstimmung 1935 auch viele Journalisten gezwungen hatte, im Vergleich zu anderen Ländern der deutschen Westzonen besonders viele einflussreiche Positionen.¹⁸ Der Chefredakteur der Saarbrücker Landes-Zeitung bis 1934 und Ministerpräsident des Nachkriegsjahrzehnts,

¹⁶ Grundlegend nach wie vor: Stephan Schölzel, *Die Pressepolitik in der französischen Besatzungszone 1945–1949*, Mainz 1986.

¹⁷ Sabine Friedrich, *Rundfunk und Besatzungsmacht. Organisation, Programm und Hörer des Südwestfunks 1945 bis 1949*, Baden-Baden 1991.

¹⁸ Dieter Marc Schneider, *Saarpolitik und Exil 1935–1955*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 25, 1977, S. 467–545; Gerhard Paul, „Die Saarländer fühlten sich durch solche Leute an Frankreich verkauft.“ Die saarländischen Remigranten und ihr gescheiterter Staat, in: Hudemann/Jellonnek/Rauls, *Grenz-Fall*, S. 135–150.

Johannes Hoffmann, zählte zu ihnen.¹⁹ Zugleich konnten jedoch auch Persönlichkeiten mit nationalsozialistischer Vergangenheit, wenn sie nicht Kriegsverbrecher waren, wieder in einflussreiche Positionen einrücken. Hintergrund war die spezifische französische Entnazifizierungspolitik, welche Fachleute für den Wiederaufbau brauchte. Vor dem Hintergrund der eigenen Erfahrungen mit der französischen Kollaboration im Krieg versuchte sie Verantwortung nicht, wie in den anglo-amerikanischen Entnazifizierungsrichtlinien festgelegt, allein nach formalen Positionen in den vielfältigen Organisationen und Institutionen des Dritten Reiches zu bemessen, sondern nach individueller Schuld. In den „Säuberungsausschüssen“ kam den Deutschen dabei hohe Verantwortung zu.²⁰ Ein solches primär politisches Verfahren wurde nach juristischen Kriterien aber sehr angreifbar, um 1947 musste man sich daher doch der amerikanischen Politik weitgehend anschließen. An der Saar fanden sich ehemalige Nationalsozialisten auf beiden Seiten der politischen Lager der 1950er Jahre und bekämpften sich wechselseitig vielfach bitter in den Medien. Beispielsweise war der Führer der Opposition, Heinrich Schneider, 1933/1934 Saar-Referent der NSDAP-Reichsleitung gewesen.

An der Saar kam ein spezieller Aspekt hinzu, der zusätzlich zu den frühen Internierungslagern für viel weiteren Unmut sorgte: Personen, die nicht aus dem Saarland stammten, wurden in größerem Umfang ausgewiesen. Das hatte mit etwa 1 800 Personen zwar schließlich nicht die Dimension der nach erfindenen ‚völkischen‘ Gesichtspunkten erfolgten deutschen Ausweisungen aus Elsass-Lothringen im Krieg, welche etwa 100 000 Menschen für Jahre die Heimat raubten. Zudem gingen diese Ausweisungen 1947 ganz in die Verantwortung der saarländischen Regierung über; bis 1949 konnten die meisten zurückkehren. Aber zu dem sich ab den frühen 1950er Jahren immer breiter aufstauenden Unmut im Lande trug das bei. In einigen aufsehenerregenden Fällen traf es auch Journalisten wie den nicht von der Saar stammenden Sozialdemokraten Ernst Roth, Chefredakteur der Parteizeitung „Volksstimme“. Allerdings hörte die Entfernung unliebsamer Personen aus Politik und Medien 1955 an der Saar nicht sofort auf, sie wurde unter umgekehrten Vorzeichen – beispielsweise mit der Entlassung des Generaldirektors des „Saarländischen Rundfunks“ (SR), Hermann Mathias Görden – zunächst fortgesetzt.

Seit 1953 steigerte sich der Unmut an der Saar. Das hatte viele Gründe. Das französische Empire geriet ins Wanken. Frankreich führte in Indochina bis 1954 einen Kolonialkrieg. Die Situation in Algerien ging im November

¹⁹ Zu Hoffmann umfassend: Heinrich Küppers, Johannes Hoffmann (1890–1967). Biographie eines Deutschen, Düsseldorf 2008.

²⁰ Rainer Möhler, Entnazifizierung in Rheinland-Pfalz und im Saarland unter französischer Besatzung von 1945 bis 1952, Mainz 1992.

1954 in einen weiteren Kolonialkrieg über, und man fürchtete die Beteiligung saarländischer Soldaten über die Fremdenlegion. Tunesien und Marokko standen vor der Unabhängigkeit. Die Bundesrepublik gewann nun mit dem ‚Wirtschaftswunder‘ an Attraktivität. Frankreichs Regierungssystem erschien angesichts der sich häufenden Regierungswechsel gegenüber Konrad Adenauers Kanzlerdemokratie immer instabiler.²¹ Die politische Wirkung der in vielem vorbildlichen Sozialpolitik an der Saar, besonders für Familien, Kriegsoffer und in der Sozialversicherung, wurde durch die Verweigerung der Mitbestimmung in den Betrieben zunichte gemacht. Allmählich wuchs die Kritik an Johannes Hoffmanns autoritärem Regierungsstil. Frankreichs Wirtschaftsposition an der Saar erschien übermächtig. Und schließlich schien mit dem Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft im französischen Parlament im August 1954 die Europäische Integration, die mit der Montanunion seit 1952 auf so gutem Wege war, schon wieder am Ende zu sein: Alles in allem schlechte Chancen für ein unklares, Frankreich weiter eine starke Position einräumendes Europa-Statut, über das die Saarländer am 23. Oktober 1955 abzustimmen hatten.

Im Oktober 1954 hatten Bonn und Paris sich auf der Pariser Konferenz, auf der die Westmächte die weitgehende Souveränität der Bundesrepublik für 1955 beschlossen, auf das Statut als Voraussetzung dafür geeinigt.²² Am 23. Oktober 1955 stand es zur Volksabstimmung. Im politischen Kampf des Sommers 1955, den die Westeuropäische Union (WEU) überwachte und in dem nun auch die Opposition und ihre Presse zugelassen waren, wurde der europäische Abstimmungsgegenstand jedoch in eine Alternative zwischen Frankreich und Deutschland uminterpretiert. Als das Statut, zur Überraschung der Regierungen in Paris und Bonn, mit zwei Dritteln der Stimmen abgelehnt wurde, akzeptierte Paris noch in derselben Nacht die Eingliederung der Saar in die Bundesrepublik. Sie erfolgte politisch am 1. Januar 1957 und wirtschaftlich am 6. Juli 1959.²³ In dem Kontext der Entwicklung seit

²¹ Die Positionen der Bundesregierung gegenüber der Saar-Regierung gibt, ohne Einbeziehung französischer Quellen und mit eher kursorischem Blick auf die weichenstellende Zeit vor 1949, wieder: Herbert Elzer, Die deutsche Wiedervereinigung an der Saar. Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen und das Netzwerk der prodeutschen Opposition 1949 bis 1955, St. Ingbert 2007; ders., Konrad Adenauer, Jakob Kaiser und die „kleine Wiedervereinigung“. Die Bundesministerien im außenpolitischen Ringen um die Saar 1949 bis 1955, St. Ingbert 2008.

²² Bilanz der Forschung zu Diplomatie, Militär, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur im europäischen und transatlantischen Zusammenhang: Hélène Miard-Delacroix/Rainer Hudemann, Hg., Wandel und Integration. Deutsch-französische Annäherungen der fünfziger Jahre/Mutations et intégration. Les rapprochements franco-allemands dans les années cinquante, München 2005; siehe zur deutsch-französischen diplomatischen Ebene detailliert: Ulrich Lappenküper, Die deutsch-französischen Beziehungen 1949–1963, 2 Bde., München 2001.

²³ Jean-Paul Cahn, Le second retour. Le rattachement de la Sarre à l'Allemagne, 1955–1957, Bern 1985.

1950 erscheint die Mehrheit allerdings weniger erstaunlich als das immer noch bedeutende Drittel der für das europäische Statut abgegebenen Stimmen.

Die Medienkontrolle, welche in der Diskussion über das Nachkriegsjahrzehnt an der Saar eine so zentrale Rolle spielt²⁴, ist bislang kaum in ihrem eigenen Kontext gesehen worden.²⁵ Ebenso wie die wachsende Polarisierung auf der betrieblichen Ebene dadurch geschürt wurde, dass Frankreich die seiner eigenen Betriebskultur fremde Mitbestimmung auch den saarländischen Arbeitern verweigerte, so übertrug man in den Medien mit der organisatorischen Absicherung der Möglichkeiten staatlicher Einflussnahme ein in der französischen politischen Kultur fest verankertes Element auf die Saar. Das Office de Radiodiffusion Télévision Française (ORTF) war noch bis 1974 ein Staatsrundfunk mit ständigen direkten Eingriffen der Regierung in Personal- und Redaktionsentscheidungen. Seit der Auflösung des ORTF 1974 wurden sie zwar bisweilen etwas diskreter, aber auf den Spitzenebenen bis heute fortgesetzt, und das mittlerweile auch in den privaten Sendern. Spannend an der Saar-Medienlandschaft im Nachkriegsjahrzehnt war ja gerade, dass die französische Regierung im eigenen Land noch keine Privatsender zuließ, an der Saar beim Aufbau des von der saarländischen Seite der Grenze nach Frankreich ausstrahlenden Senders Europe No.1 aber selbst mitmischte. Auch das gehörte zu den vielschichtigen deutsch-französischen Weichenstellungen und Vernetzungen in konfliktreicher Zeit.

In der Bundesrepublik waren, anders als an der Saar, Zeitungsverbote und Journalistenausweisungen nicht das Mittel der Medienkontrolle. Aber die politische Einflussnahme war in der Ära Adenauer auch dort massiv. Für den Kanzler selbst ist das genau bekannt.²⁶ Auch auf der Länderebene ge-

²⁴ Im Einzelnen wird die Forschung zu den Medien an der Saar in den Beiträgen dieses Bandes aufgeführt und diskutiert. Siehe für die älteren, noch stark vom Abstimmungskampf 1955 geprägten Positionen zur Kontrollpolitik insbesondere: Dietrich Berwanger, *Massenkommunikation und Politik im Saarland 1945–1959*. Ein Beitrag zur Untersuchung „publizistischer Kontrolle“, München 1969; Heribert Schwan, *Der Rundfunk als Instrument der Politik im Saarland 1945–1955*, Berlin 1974. Paul Burgard setzt sich mit Schwans Arbeit in diesem Band genauer auseinander. Vgl. auch: Albert H. V. Kraus, *Die Saarfrage (1945–1955) in der Publizistik*. Die Diskussion um das Saarstatut vom 23. 10. 1954 und sein Scheitern in der deutschen, saarländischen und französischen Presse, Saarbrücken 1988.

²⁵ Besonders deutlich hat darauf hingewiesen: Heinen, *Saarjahre*. Zur Entwicklung der französischen Medien und der Staatskontrolle siehe präzise und umfassend Fabrice d'Almeida/Christian Delporte, *Histoire des médias en France de la Grande Guerre à nos jours*, Paris 2003.

²⁶ Siehe unter anderem detailliert: Christina von Hodenberg, *Konsens und Krise. Eine Geschichte der westdeutschen Medienöffentlichkeit 1945–1973*, Göttingen 2006, besonders S. 145–182; Daniela Münkler, *Willy Brandt und die „Vierte Gewalt“*. Politik und Massenmedien in den 50er bis 70er Jahren, Frankfurt a. M./New York 2005, S. 29–42; Thomas Mergel, *Politischer Journalismus und Politik in der Bundesrepublik*, in: Clemens Zimmermann, Hg., *Politischer Journalismus, Öffentlichkeiten und Medien im 19. und 20. Jahrhundert*, Ostfildern 2006, S. 193–211.

hörte es zum politischen Stil der frühen Bundesrepublik. Beispielsweise hatte die britische Militärregierung die Unabhängigkeit des „Nordwestdeutschen Rundfunks“ (NWDR) im Statut von 1948 besonders gut abzusichern versucht: „Reeducation“ gehörte auch für Briten und Amerikaner zu den Kernzielen der Besatzungspolitik. Sofort nach Ende der Besatzungszeit wurde die Unabhängigkeit von den deutschen politischen Kräften aus Politik und gesellschaftlichen Gruppen jedoch radikal in Frage gestellt. Einflussnahme und die Versuche dazu waren an der Tagesordnung. Der daraus folgende Profilverlust des NWDR wurde zwischen 1949 und 1951 besonders auffällig.²⁷ Das Gesetz über den „Westdeutschen Rundfunk“ (WDR) gewährte 1954 den Parlamentariern größere direkte Zugriffsmöglichkeiten als unter der Besatzungsmacht.²⁸ Unter solchen Umständen, und zumal angesichts der den Alltag beherrschenden Nachkriegsprobleme, erscheint es weniger verwunderlich, dass die Politik der Medienkontrolle erst 1952/1953 allmählich größeres Gewicht in der saarländischen öffentlichen Debatte erhielt: Die Position einer Gegenöffentlichkeit mussten viele Journalisten auch in der frühen Bundesrepublik verteidigen, wenn nicht gar erst erobern. Allerdings ging die saarländische Regierung mit Verboten so weit, dass auch der französische Hochkommissar Grandval den Ministerpräsidenten zu rechtwies und an die Demokratisierungsprinzipien erinnerte. Es ist in diesem Band zu prüfen, ob und wie weit die starken institutionellen Positionen, über welche französisches Hochkommissariat und saarländische Regierung in den Medien verfügten, auch auf die journalistische Arbeit selbst durchschlugen.

Die in der Einleitung zum Gesamtwerk ausgeführten Fragen, denen die Autoren des ersten Bandes nachgehen, sind für das Nachkriegsjahrzehnt vielfach sehr schwer zu beantworten. Vieles, was in diesem Werk dennoch erforscht werden kann, ist der großen Unterstützung durch das Landesarchiv des Saarlandes und die Archive des Saarländischen Rundfunks sowie der „Saarbrücker Zeitung“ zu verdanken. Denn die Quellenlage ist für die meisten Teilbereiche ausgesprochen schlecht. Das hängt zwar mit dem Charakter journalistischer Arbeit zusammen, wie sie im zweiten und dritten Band systematisch erschlossen werden: Die Arbeit muss sehr schnell geleistet werden, Entscheidungen über Inhalte fallen in Gesprächen oder Redaktionskonferenzen, aus denen kaum je schriftliche Zeugnisse erhalten sind

²⁷ Zahlreiche Beispiele für die massive Einflussnahme bei: Rolf Geserick, Vom NWDR zum NDR. Der Hörfunk und seine Programme 1948–1980, in: Wolfram Köhler, Hg., Der NDR. Zwischen Programm und Politik, Hannover 1991, S. 149–226, Zitat S. 179. Siehe zur Praxis der britischen Rundfunkpolitik: Arnulf Kutsch, Unter britischer Kontrolle. Der Zonensender 1945–1948, in: Ebd., S. 83–148.

²⁸ Geserick, NWDR, S. 167f.

und in der Regel auch nie existiert haben. Die Probleme gehen an der Saar jedoch darüber hinaus. Der Saarländische Rundfunk hat zwar ein sorgfältig geführtes Archiv mancher seiner Sendungen, die Akten zur dahinter stehenden Rundfunkarbeit wurden aber erst seit jüngster Zeit systematischer erfasst. Aus der Frühzeit ist hier nur wenig Material erhalten, und das eher zufällig. Sendemanuskripte gehören fast nie dazu, soweit sie nicht in den Akten der Staatskanzlei liegen. Das zentrale Archiv von Europe No.1 für diese Jahre ist vor einigen Jahren bei einem Depotbrand in Paris weitgehend vernichtet worden. Die Saarbrücker Zeitung verfügt über ihre Zeitungsausgaben und ein Fotoarchiv, jedoch über keinerlei Schriftwechsel aus der Frühzeit. Aus der übrigen Presselandschaft waren keine nennenswerten Aktenbestände aufzufinden.²⁹ Mehr Material findet sich in den Akten der Staatskanzlei und des Presse- und Informationsamtes der Landesregierung im Landesarchiv. Viele öffentliche und private Institutionen des Landes haben ihre für das Tagesgeschäft nicht mehr benötigten Aktenbestände aber nicht professionell sichten lassen, sondern unbesehen vernichtet. Private Nachlässe sind rar, manche vermutlich wichtigen Bestände, die einst existierten, sind auch hier nicht mehr erhalten.

Ohne die französischen Archive wäre dieser Band daher kaum zu erarbeiten gewesen. Für Rundfunk und Fernsehen, deren Stellenwert auch für den französischen Technologieexport hoch war, sind die französischen Überlieferungen aber gleichfalls reichhaltiger als für die Printmedien. Die methodische Unverzichtbarkeit der Heranziehung dieser gewaltigen Bestände wurde in der Einleitung zum Gesamtwerk bereits dargelegt. Im Hinblick auf die Quellenlage hatte die enge französische Kontrollpolitik der Nachkriegsjahre, welche enormes Informationsmaterial sammelte, zugleich zur Folge, dass wichtige Teilbereiche der Entwicklung des Saarlandes, wie auch der anderen Länder der ehemaligen französischen Besatzungszone, vor allem – und zu mancherlei Fragen: nur noch – aufgrund der französischen Bestände rekonstruiert werden können.³⁰ In einem Projekt, welches Landtag und Historisches Institut der Universität des Saarlandes 1987 gemeinsam auf den Weg brachten und dessen Durchführung insbesondere durch die Volkswagen-Stiftung ermöglicht worden ist, konnte in enger Zusammenarbeit mit

²⁹ Übersicht über die wichtigsten saarländischen Tageszeitungen und die Bibliotheken und Archive, in denen sie zugänglich sind, in: Hudemann/Heinen, *Das Saarland*, S. 557–559.

³⁰ Vgl. etwa: Stephan Pieroth, *Parteien und Presse in Rheinland-Pfalz 1945–1971*. Ein Beitrag zur Mediengeschichte unter besonderer Berücksichtigung der Mainzer SPD-Zeitung „Die Freiheit“, Mainz 1994; Sigrun Schmid, *Journalisten der frühen Nachkriegszeit. Eine kollektive Biographie am Beispiel von Rheinland-Pfalz, Köln/Weimar/Wien 2000*. Für Rheinland-Pfalz und Süd-Baden ist die Quellenlage erheblich günstiger als für die Saar, wenngleich ebenfalls – wie Schmid ausführlich darlegt – nicht befriedigend.

dem französischen Außenministerium sowie dem Wirtschafts- und Finanzministerium umfangreiches Material erschlossen werden.³¹ Die Akten liegen teils in Paris, teils waren sie zunächst in den Außenstellen des Quai d'Orsay in Nantes und im Besatzungsarchiv in Colmar verwahrt, 2010 werden diese Bestände in Paris zusammengeführt. Den engagierten Verantwortlichen sei hier erneut nachdrücklich gedankt. Manche wichtigen Zusammenhänge konnten weiterhin nur dank der gleichfalls voluminösen privaten Nachlässe von Gouverneur und Hochkommissar Gilbert Grandval und dem nach der Abstimmung von 1955 nach Frankreich emigrierten Innenminister Edgar Hector geklärt werden, deren Mikroverfilmung die Familien der Universität des Saarlandes großzügigerweise ermöglichten. Diese staatlichen und privaten Materialien französischer Herkunft stehen der internationalen Forschung seit mehreren Jahren im Historischen Institut der Universität des Saarlandes zur Verfügung und ergänzen die in bundesdeutschen und saarländischen Ministerien und Archiven erhaltenen Quellen.

Für eine Mediengeschichte ergeben sich für den zweiten und dritten Band dieses Werkes spezifischer medienbezogene Fragestellungen als für diesen ersten Band. Sie wurden in der Einleitung zum Gesamtwerk zusammengefasst. Aufgrund der Quellenlage waren die Autorinnen und Autoren für die Nachkriegsjahre mit der Notwendigkeit ungewöhnlich mühsamer und zeitaufwändiger Recherchen konfrontiert und vermochten trotz größter Sorgfalt einige interessante Fragestellungen dennoch nicht so weit zu vertiefen, wie sie es wünschten.

Der erste Teil dieses ersten Bandes gilt dem Kontext der Medienlandschaft im Nachkriegsjahrzehnt. Andreas Merl gibt einen Überblick über die Tagespresse in der Zeit vom Ende des Ersten bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges. An der Saar blieben diese Jahre langfristig besonders prägend. Unter der Völkerbundverwaltung, der das Saargebiet – wie es bis 1935 hieß – im Versailler Vertrag 1919 zunächst für 15 Jahre unterstellt wurde, bildeten sich einerseits Internationalisierungserfahrungen heraus, wie sie andere deutsche Regionen nicht kannten. Zum andern aber wurde die politische Kultur hier aufgrund der starken ökonomischen und politischen Stellung Frankreichs in der Völkerbundverwaltung in sämtlichen Bereichen national überformt. Arbeitskämpfe, die ‚im Reich‘ – so nannte man das übrige Deutschland an der Saar über Jahrzehnte – zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern ausgefochten wurden, erschienen hier als Auseinandersetzung mit Frankreich, das

³¹ Vgl. dazu die Einleitung zu: Hudemann/Poidevin, *Die Saar*, S.5–10, zur Archivlage insgesamt die Einleitung in: Hudemann/Heinen, *Das Saarland*. Viele Motive erschließt der Querschnitt durch das Werk des Fotografen Walter Barbian, von dem auch einige der Fotos in diesem Werk stammen: Paul Burgard/Ludwig Linsmayer, Hg., *Bilder der Großstadt*. Barbian belichtet Saarbrücken (1948–1965), Saarbrücken 2009.

die Schwerindustrie und den Bergbau beherrschte. Für die Kultur politischer Feste galt Gleiches.³² 1933 wurde das Saargebiet die einzige deutsche Region, in der es noch zwei Jahre lang eine freie Presse gab. Der Kampf um die für den 30. Januar 1935 angesetzte Volksabstimmung über die drei Alternativen einer Rückkehr an Deutschland, die Erhaltung des Status quo oder eine Angliederung an Frankreich wurde daher nicht allein unter dem Zeichen der Diktatur des Dritten Reiches geführt, sondern vor allem national aufgeladen.³³ Das Ergebnis von rund 90 Prozent für Deutschland wurde Hitlers erster großer außenpolitischer Erfolg. Die Saar-Presse wurde nun ebenso wie ‚im Reich‘ gleichgeschaltet. Das aus den Konsequenzen der Abstimmung folgende Trauma prägte die Nachkriegsauseinandersetzungen tief greifend, die personellen Kontinuitäten verstärkten das noch.

Natalie Pohl stellt die französische Printmedienpolitik an der Saar nach 1945 im Vergleich mit den anderen Ländern der französischen Zone dar. Sie untersucht die Lizenzierungs- und Personalpolitik und klärt die Verteilung der Kompetenzen und Vorgehensweisen zwischen Franzosen und saarländischer Regierung. Sie geht den inneren Widersprüchen nach, wie sie sich im Widerstreit von Demokratisierung und Kontrolle äußerten. Sie fragt nach den Konzepten und Eigentumsverhältnissen, nach den Organisationsformen, nach den verschiedenen Formen und Möglichkeiten der französischen und saarländischen Einflussnahme.

Judith Hüser analysiert, wie die Kirchen als einflussreichste außerstaatliche Institution an der Saar das breite Register der Medien im Print- und Funkbereich einsetzten. Ihr Verhältnis zur Staatsmacht war im Nachkriegsjahrzehnt politisch hoch konfliktgeladen. Nachdem der Trierer Bischof Franz Rudolf Bornewasser 1935 einen erheblichen Einfluss auf die breite Zustimmung zur Rückkehr an das Dritte Reich ausgeübt hatte und das laizistische Frankreich nach 1945 beim Vatikan – vergeblich – die Schaffung eines eigenen Saar-Bistums zu erreichen versuchte, flossen auf diesem Feld zugleich sämtliche innenpolitischen und internationalen Problem- und Konfliktlinien der Saar-Frage zusammen.

Der zweite Teil des Bandes arbeitet die Besonderheiten von Rundfunk und Fernsehen genauer heraus. Sie standen an der Saar in einem mehrfachen Spannungsfeld: Einerseits zwischen französischem Einfluss, allgemeiner deutscher Medienentwicklung und saarländischen Spezifika, andererseits zwischen öffentlich-rechtlichem und privatem Rundfunk und Fernsehen.

³² Ludwig Linsmayer, Politische Kultur im Saargebiet 1920–1932. Symbolische Politik, verhinderte Demokratisierung, nationalisiertes Kulturleben in einer abgetrennten Region, St. Ingbert 1992.

³³ Einen Zugang zur lange Zeit hoch kontroversen Forschung eröffnet: Ludwig Linsmayer, Hg., Der 13. Januar. Die Saar im Brennpunkt der Geschichte, Saarbrücken 2005.

Das Privatfernsehen der Bundesrepublik hatte seine ersten Wurzeln im Nachkriegsjahrzehnt an der Saar.

Der Saarländische Rundfunk entwickelte früh ein besonderes Profil.³⁴ Paul Burgard setzt sich mit dem auch in der Medienforschung verbreiteten, in diesem Band jedoch als irrig erwiesenen Bild eines völlig von französischen Interessen und Programmen beherrschten Senders auseinander. Er untersucht die Aufbauetappen, die Personalpolitik, die Kontrollmechanismen und die Besitzverhältnisse, verfolgt die Ausdifferenzierung der Programmsparten und den Einzug der Werbung in das Programm. Den hohen internationalen Stellenwert, den das Haus bald sowohl in der alten Musik mit Karl Ristenparts Kammerorchester als auch in der modernen Musik und Komposition mit dem Sinfonieorchester erhielt, zeichnet Charles Scheel nach. Annette Kühmeyer analysiert Ausbau und Inhalte des Hörspiels, dem im SR ein besonderes Interesse galt, in seinem deutschen und internationalen medialen Kontext.

Die Kontrolle der Medien erhielt an der Saar eine eigenartige Konnotation: Hier entstand der erste kommerzielle Privatsender, und zwar in enger Vernetzung mit französischer und saarländischer öffentlicher Hand. Andreas Fickers kann hier erstmals auf Archivbasis umfassend die Frühgeschichte der Saarländischen Fernseh AG und der Sender Tele-Saar und Europe No. 1 darstellen.

Die Printmedienlandschaft, welcher sich der dritte Teil dieses Bandes zuwendet, ist noch schwieriger zu untersuchen als der Rundfunkbereich, in dem wenigstens größere französische Aktenbestände erhalten sind. Für das Zeitungswesen kann die Quellenlage nur schlicht als desaströs bezeichnet werden.

Natalie Pohl schildert den Aufbau der Saarbrücker Zeitung nach 1945. Sie geht der Besetzung der Redaktion und ihrer Berichterstattung sowie der Ausdifferenzierung ihrer Sparten nach. Die Entwicklung der Eigentumsverhältnisse mit ihrer getarnten französischen Beteiligung waren im Gesamtkontext der Medienlandschaft Saar von besonderer Relevanz. Alexander König legt eine medienwissenschaftlich durchgeführte Inhaltsanalyse des Blattes vor, welche für die Klärung der vielfach vermuteten französischen Beherrschungsmechanismen besonders aufschlussreich ist.

Ines Heisig analysiert die Parteipresse, die sich an der Saar schon 1946 und damit ein Jahr vor Rheinland-Pfalz und anderen deutschen Ländern entfalten konnte. Von französischer Seite wurde sie im Kontext der Demokratisierungspolitik systematisch gefördert. Mit dem Anwachsen der innenpoli-

³⁴ Siehe zum SR zuletzt: Fritz Raff/Axel Buchholz, Hg., *Geschichte und Geschichten des Senders an der Saar. 50 Jahre Saarländischer Rundfunk*, Freiburg/Basel/Wien 2007.

tischen Opposition in den 1950er Jahren wurde gerade dieses Feld aber auch besonders problematisch, weil zwar eine Oppositionspresse – insbesondere auch der Kommunisten – grundsätzlich bestehen blieb, jedoch Organe, welche gegen den Wirtschaftsanschluss an Frankreich eintraten, nicht zugelassen wurden und entsprechende Artikel in anderen Blättern zu zeitweiligen Erscheinungsverboten führen konnten. Als Beispiel für die Spartenpresse analysiert Bernd Reichelt die Sportpresse. An der Saar entstand auch sie früher wieder als im übrigen Deutschland. Das hing zum einen mit der französischen Furcht vor dem deutschen Nationalismus zusammen: Die Vernetzung von Sport und Militarisierung hatte in Frankreich seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert eine lange Tradition. Andererseits sollte gerade auf die Jugend im Sinne einer Demokratisierungspolitik eingewirkt werden.³⁵ Schließlich sollte die Form der Organisation des Sports die saarländische Autonomie stärken. So erhielt der Saar-Sport, mit seiner eigenen Olympia-Mannschaft, in mehrfacher Hinsicht eine wichtige Rolle in dem spezifischen Faktorenbündel, welches die Saar nach 1945 kennzeichnete. Medienentwicklung und Saar-Kontext hingen einmal mehr eng miteinander zusammen. Abschließend zeichnet Susanne Dengel den aufgewühlten, dreimonatigen Abstimmungskampf des Sommers 1955 in den Zeitungen nach.

Die Beiträge dieses ersten Bandes ergänzen sich gegenseitig in ihren methodischen und inhaltlichen Ansätzen und geben so trotz aller quellenbedingter Schwierigkeiten ein lebendiges Bild von den Eigenarten des Nachkriegsjahrzehnts in seinen vielfältigen Konstellationen.

³⁵ Stefanie Woite-Wehle, *Zwischen Kontrolle und Demokratisierung. Die Sportpolitik der französischen Besatzungsmacht in Südwestdeutschland*, Schorndorf 2001.

Medienpolitik im Zeichen von
Demokratisierung, Kontrolle und Teilautonomie

Andreas Merl

Tagespresse im Saargebiet 1918–1945

1. Einleitung

„Wie die Zeitung ein nicht wegzudenkender Faktor im politischen und wirtschaftlichen Leben der Gegenwart ist, so ist die Zeitung eines Gebietes mit politischem Hochdruck, wie des Saargebietes, ein besonders gewichtiger Faktor“¹, konstatierte Heinrich Baldauf 1934 in seiner Dissertation über die saarländische Presse. Zur gleichen Zeit tobte eine erbitterte und nationalistisch aufgeladene Auseinandersetzung um die politische und territoriale Zukunft der Region. 14 Jahre zuvor war das Gebiet, nachdem es von November 1918 bis in den Januar 1920 von französischem Militär besetzt und verwaltet worden war, durch das Saarstatut des Versailler Vertrages aus Deutschland herausgelöst und einer Regierungskommission des Völkerbundes unterstellt worden. Nach Ablauf von 15 Jahren sollte die Saarbevölkerung in einer freien und geheimen Volksabstimmung die Möglichkeit erhalten, über ihre zukünftige staatliche Zugehörigkeit zu entscheiden. Über deren Ausgang gab es zu Beginn des Jahres 1933 nicht den geringsten Zweifel, da sich Parteien, Verbände und Presse seit der Trennung von Deutschland für eine vorbehaltlose Rückkehr einsetzten. Doch mit der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler Ende Januar 1933 änderte sich diese Sichtweise. Vor dem Hintergrund der nationalsozialistischen Machtübernahme und den damit einsetzenden politischen Umwälzungen in Deutschland mehrten sich, besonders im Lager der Arbeiterparteien und in katholischen Kreisen, Stimmen, die sich vehement gegen eine sofortige Rückgliederung zum gegenwärtigen Zeitpunkt aussprachen und bei den Abstimmungsberechtigten für die Beibehaltung des Status Quo warben. Dennoch entschieden sich am Tag der Abstimmung, dem 13. Januar 1935, über 90 Prozent der Stimmberechtigten für eine Rückkehr zum Deutschen Reich und verhalfen somit dem nationalsozialistischen Regime zu seinem ersten großen außenpolitischen Erfolg.²

¹ Heinrich Baldauf, Fünfzehn Jahre publizistischer Kampf um die Saar, Saarbrücken 1934, S. 66.

² Vgl. zur Zeit der Völkerbundverwaltung und Saarabstimmung insbesondere: Frank G. Becker, „Deutsch die Saar, immerdar!“ Die Saarpropaganda des Bundes der Saarvereine 1919–1935, Saarbrücken 2007; Ludwig Linsmayer, Hg., Der 13. Januar. Die Saar im Brennpunkt der Geschichte, Saarbrücken [2005]; ders., Politische Kultur im Saargebiet 1920–1932. Symbolische Politik, verhinderte Demokratisierung, nationalisiertes Kulturleben in einer abgetrennten Region, St. Ingbert 1992.

Offiziell wurde das Saargebiet am 1. März 1935 an Deutschland rückgegliedert. Damit endete zunächst ein politischer und territorialer Sonderweg³, der sich jedoch nach der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges fortsetzen sollte.

Begleitet und mitbestimmt wurde diese Entwicklung von der saarländischen Presse. Ab Mitte des 19. Jahrhunderts entwickelte sich die Zeitung im Zuge von Urbanisierung, Alphabetisierung, technischem Fortschritt auf dem Gebiet der Nachrichtenübermittlung und Drucktechnik sowie der Ausdifferenzierung des Journalistenberufs zum Massen- und Leitmedium.⁴ Auch an der Saar galten Zeitungen, selbst nach Aufkommen neuer publizistischer Angebote durch Rundfunk und Kino, als primäre Informations- und Unterhaltungsquelle und waren unverzichtbarer Bestandteil des täglichen Lebens. Mit seiner besonders hohen Zeitungsdichte – Sperlings Zeitungs- und Zeitschriftenkatalog führt für 1930 insgesamt 26 Hauptausgaben auf⁵ – war das Saargebiet in der Völkerbundzeit nahezu flächendeckend publizistisch abgedeckt.

Bis zum heutigen Tag liegt keine verwertbare wissenschaftliche Arbeit für den Bereich der Tagespresse im Untersuchungszeitraum für das Saargebiet vor. Die Beschäftigung mit dem Thema im Kontext von französischer Militärverwaltung und Völkerbundsmandat begann bereits in den 1930er und 1940er Jahren. Diese Arbeiten sind aber mit großer Vorsicht zu behandeln, da sie stark politisch motiviert und gefärbt sind.⁶ Nach dem Zweiten Weltkrieg erschien mit der „Geschichte der Saarbrücker Zeitung“, die aus der Feder ihres langjährigen Redakteurs Ludwig Bruch stammt, eine erste, auch über geschichtliche Zäsuren hinweggehende, jedoch kaum minder einseitige Darstellung zur saarländischen Pressegeschichte.⁷ Dem langjährigen Stadtar-

³ In der Forschung hat sich zur Beschreibung der politischen Entwicklung der Saarregion in der Zeit von 1919 bis 1959 der Begriff des ‚Sonderweges‘ etabliert. Vgl. grundlegend: Marcus Hahn in Zusammenarbeit mit Johannes Großmann, Rainer Hudemann und Elisabeth Thalhofer, *Das Saarland 1945–1957. Zur Einführung in Grundprobleme und Forschungsgegenstand*, in: Rainer Hudemann/Armin Heinen in Zusammenarbeit mit Johannes Großmann und Marcus Hahn, Hg., *Das Saarland zwischen Frankreich, Deutschland und Europa 1945–1957. Ein Quellen- und Arbeitsbuch*. Mit einer CD-Rom zum Abstimmungskampf 1955 von Susanne Dengel, Saarbrücken 2007, S. 15–93, hier S. 68.

⁴ Axel Schildt, *Das Jahrhundert der Massenmedien. Ansichten zu einer künftigen Geschichte der Öffentlichkeit*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 27, 2001, S. 177–206, hier S. 188–190.

⁵ Sperlings Zeitschriften- und Zeitungs-Adressbuch. *Handbuch der deutschen Presse*. Bearbeitet von der Adressbücher-Redaktion der Geschäftsstelle des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler zu Leipzig, 56, 1930, S. 558–560.

⁶ Baldauf, Kampf; Eugen Wagner, *Die Presse des Saargebiets und ihr Kampf gegen die französischen Annexionsbestrebungen in den Jahren 1918 bis 1925, Saarbrücken 1933*; Alfred-Helmut Jacob, *Das Ende des Separatismus in Deutschland. Dargestellt am Abwehrkampf der deutschen Publizistik in der Pfalz und an der Saar 1919 bis 1935*, Berlin 1940.

⁷ Ludwig Bruch, *Weg und Schicksal einer deutschen Zeitung*, in: *Saarbrücker Zeitung*, Hg., *200 Jahre Saarbrücker Zeitung 1761–1961, Saarbrücken 1961*, S. 15–203.

chivar Hanns Klein war es zu verdanken, dass mit der Veröffentlichung von Auszügen der Tagebuchaufzeichnungen Paul Siegmans, von 1933 bis 1935 Chefredakteur der für den Status Quo plädierenden „Saarländischen Gewerkschafts-Zeitung“, ein wichtiges Zeitdokument für die Forschung erschlossen wurde.⁸ Die Rolle der Presse in der französischen und deutschen Saarpolitik bis 1935 wurde im Rahmen der Arbeiten von Peter Lempert⁹ und Fritz Jacoby¹⁰ skizzenhaft beschrieben. Mit den Auswirkungen der restriktiven Pressepolitik des NS-Regimes auf die Saarpresse befasste sich Dieter Muskalla.¹¹

Die vorliegende Darstellung soll einen Überblick über die Geschichte der saarländischen Tagespresse vor dem Hintergrund der politischen und territorialen Sonderentwicklung zwischen 1919 und 1945 bieten. Vier Phasen, in denen die Pressearbeit unterschiedlichen politischen, rechtlichen und ökonomischen Rahmenbedingungen unterworfen war, können dabei voneinander abgegrenzt werden: die der Arbeiter- und Soldatenräte sowie der französischen Militärverwaltung (1918-1920), die Zeit des Völkerbundmandates (1920-1932), der Abstimmungskampf (1933-1935) und die NS-Herrschaft (1935-1945). Die Darstellung stützt sich – neben der bereits genannten Literatur – auf Aktenbestände aus dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes und der Alten Reichskanzlei im Bundesarchiv, die beide in Berlin aufbewahrt werden, sowie auf das Firmenarchiv der Saarbrücker Druckerei und Verlag AG und einzelne Dokumente unterschiedlicher Provenienz aus dem Landesarchiv des Saarlandes in Saarbrücken. Herangezogen wurden zudem die zeitgenössischen Zeitungen selbst.

2. Presse während der Herrschaft der Arbeiter- und Soldatenräte und der französischen Militärverwaltung (1918-1920)

Am 9. November 1918 konstituierte sich auch in Saarbrücken ein Arbeiter- und Soldatenrat, der rasch die Kontrolle über die Zivil- und Militärbehörden erlangte. Jedoch stand dieser nach kurzer Zeit vor der entscheidenden Frage, wie seine Bekanntmachungen und Verlautbarungen der Öffentlichkeit ver-

⁸ Paul Siegmans, Vor vierzig Jahren. Der Kampf um den 13. Januar 1935. Tagebuch-Auszüge, in: Zeitschrift für die Geschichte der Saargegend 22, 1974, S. 224-325.

⁹ Peter Lempert, „Das Saarland den Saarländern!“ Die frankophilen Bestrebungen im Saargebiet 1918-1935, Köln 1985.

¹⁰ Fritz Jacoby, Die nationalsozialistische Herrschaftsübernahme an der Saar. Die innenpolitischen Probleme der Rückgliederung des Saargebietes bis 1935, Saarbrücken 1973.

¹¹ Dieter Muskalla, NS-Politik an der Saar unter Josef Bürckel. Gleichschaltung – Neuordnung – Verwaltung, Saarbrücken 1995.

mittelt werden sollten. Der Rat strebte daher eine Übernahme bzw. Beschlagnahmung der städtischen Zeitungen und ihrer Betriebsmittel an, was jedoch zunächst am Widerstand von Verlegern und Redakteuren scheiterte. In weiteren Verhandlungen mit dem Besitzer der „Saarbrücker Zeitung“, Richard Hofer, erreichten beide Seiten eine akzeptable Lösung. Der Arbeiter- und Soldatenrat verzichtete dabei auf seine Forderungen nach einer Unternehmensbeteiligung und der Einsetzung eigener Redakteure. Im Gegenzug musste sich Hofer verpflichten, die Zeitung mit dem Untertitel „Amtliches Veröffentlichungsblatt des Arbeiter- und Soldaten-Rates Saarbrücken“ herauszugeben und die Zeitung unter Zensur zu stellen. Die beiden Zentrumsorgane „Saar-Post“ und „Saarbrücker Volks-Zeitung“ blieben hingegen von diesen Maßnahmen ausgeschlossen und erreichten ihre Leser weiterhin uneingeschränkt.¹²

Die Besetzung durch französisches Militär am 22. November beendete die Herrschaft der Arbeiter- und Soldatenräte, die zwei Tage später endgültig von General Grégoire aufgelöst wurden. An der Spitze der französischen Militärverwaltung für die gesamte Saarregion stand – als *Administrateur Supérieur de la Sarre* – General Joseph Andlauer, der während seiner Amtsperiode auf ein ausgleichendes und einvernehmliches Auskommen mit Behörden und Bevölkerung bedacht war. Andlauer wurde im November 1919 durch Generalleutnant Henri Wirbel abgelöst, der die Militärverwaltung bis zur ihrem Ende am 26. Februar 1920 leitete.

Frankreichs Kriegsziele variierten zwischen 1914 und 1918 je nach politischer Führung und militärischer Lage. Eine Annexion des Saarreviers, auch von intellektuellen und wirtschaftlichen Gruppen in der im Einzelnen sehr vielfältigen öffentlichen Diskussion vehement gefordert, wurde im Verlauf des Krieges Regierungsziel.¹³ Bei den Versailler Friedensverhandlungen setzte sich Paris damit jedoch nicht durch. Die Aufrechterhaltung von Sicherheit und öffentlicher Ruhe zur Absicherung der in der Militärverwaltungsphase 1918/1919 – also während der Friedensverhandlungen – in Frankreich noch weithin unterstützten Annexionspläne wurden die Grundlage der frühen französischen Pressepolitik. In einem ersten Schritt wurden die publizistischen Freiheiten der Redaktionen beschnitten, was sich während

¹² Karl Ollmert, 1918, 1919 und 1920, in: Saarbrücker Landes-Zeitung, Jubiläums-Ausgabe „Die Saar kehrt heim“ vom November 1934, S. 89; Helmut Metzmacher, Die Herrschaft des Arbeiter- und Soldatenrates in Saarbrücken 1918, in: Zeitschrift für die Geschichte der Saargegend 19, 1971, S. 230–248, hier S. 242f.

¹³ Vgl. zu den Kriegszielen Frankreichs: Georges-Henri Soutou, Die Kriegsziele Frankreichs im Ersten Weltkrieg, in: Wolf D. Gruner/Klaus-Jürgen Müller, Hg., Über Frankreich nach Europa. Frankreich in Geschichte und Gegenwart, Hamburg 1996, S. 327–339; ders., *L'or et le sang. Les buts de guerre économiques de la Première Guerre mondiale*, Paris 1989, unter anderem S. 786f.

der ersten Monate der Besatzungszeit in einer Reihe von Zensur- und Presseanweisungen niederschlug. Zeitungen durften daher nur noch erscheinen, wenn sie vorher den Weg der Vorzensur beschritten hatten und mit dem Vermerk „Imprimé avec permission de la Censure de la Place de...“¹⁴ versehen wurden. Verstöße gegen die Auflagen wurden mit Geldstrafen und mehrtägigen Zeitungsverboten geahndet.¹⁵ Parallel dazu wurden sämtliche Verbindungen der Zeitungen zu den deutschen Nachrichtendiensten unterbrochen mit dem Ziel, nur noch Meldungen über Deutschland und das Ausland zu veröffentlichen, die eine pro-französische Tendenz aufwiesen. Zu diesem Zweck bot man den Redaktionen kostenlos Nachrichten und Beiträge der französischen Nachrichtenagentur „Havas“ an.¹⁶ Meldungen, die in das Saargebiet gelangen sollten und aus einer nichtfranzösischen Pressequelle stammten, wurden in Mainz gesammelt und vor ihrer Weiterleitung ebenso einer Zensur unterzogen. Da jedoch die Filiale des „Wolff’schen Telegraphischen Bureaus“ in Saarbrücken bestehen blieb, konnten die pressedienstlichen Kontakte mit dem Deutschen Reich nicht vollständig unterbunden werden.¹⁷

Um die Bevölkerung auf eine mögliche bevorstehende Annexion vorzubereiten bzw. für sie zu werben, bediente sich die Besatzungspolitik der Methode der ‚pénétration pacifique‘. Neben einem umfangreichen kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Engagement setzte man auf eine Lenkung der Presseberichterstattung, um Sympathien für Frankreich zu wecken.¹⁸ Die Saarpresse war ab Januar 1919 gehalten, pro-französische Artikel ohne Angabe des Urhebers und eigene Kommentierung abzudrucken. Auf die Presseanweisungen der Militärverwaltung regte sich besonders bei den Saarbrücker Zeitungsverlagen Widerstand, wobei ganz offen die Gefahr weiterer Sanktionen in Kauf genommen wurde. Für die kleineren Lokalblätter hätte ein solches Vorgehen hingegen den wirtschaftlichen Ruin bedeutet, so dass sie gezwungen waren, sich streng nach den Presseanweisungen zu richten.¹⁹ Für die französische

¹⁴ Ludwig Bruch, Die Franzosen im Saargebiet. Erinnerungen an die ersten saarländischen Besatzungsjahre, Saarbrücken 1934, S.39.

¹⁵ Bestimmungen über die Beaufsichtigung der Presse im besetzten Gebiet, 16.12.1918; Regelung des Pressedienstes von General Charles Mangin, 15.1.1919, beides abgedruckt in: Wagner, Kampf, S.52, 54f.

¹⁶ Bruch, Weg, S.144.

¹⁷ Schreiben Theodor Vogels an das Auswärtige Amt in Berlin, 23.2.1920, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PA AA) Berlin, Friedensabteilung, R 95 913; Johannes Reinicke, Ein Nachrichtenbüro im Saarkampf, in: Saarbrücker Landes-Zeitung, 1.3.1935 Nr.59, S.14.

¹⁸ Peter Hüttenberger, Methoden und Ziele der französischen Besatzungspolitik nach dem Ersten Weltkrieg in der Pfalz, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte 108, 1972, S.105–121, hier S.108f.

¹⁹ Albert Zühlke, Ehre, dem Ehre gebühret! Ein Kapitel aus dem Freiheitskampf an der Saar, in: Saar-Freund 2, 1926, S.21f.

Seite war dies zumindest ein Teilerfolg. Insgesamt war das Ergebnis jedoch unbefriedigend, da die großen Saarbrücker Blätter an ihrer oppositionellen Haltung festhielten – selbst als ihnen von französischer Seite Geld für eine Kooperation geboten wurde.²⁰ Bis zum Amtsantritt der Regierungskommission im Februar 1920 kamen Zensur, Zeitungsverbote, Geld- und Gefängnisstrafen sowie Ausweisungen von Journalisten weiter zur Anwendung.²¹

Die Militärverwaltung musste schließlich erkennen, dass die Saarpresse trotz aller Repressalien und Lockungen mit wenigen Ausnahmen nicht zu einer Zusammenarbeit bewegt werden konnte – nicht zuletzt auch aufgrund der bereits angelaufenen, verborgenen Unterstützung dieser Presseunternehmen durch die deutschen Behörden.²² Um dennoch in der Öffentlichkeit wirken zu können, wurden durch einen Mittelsmann Zeitungsverlage und Druckereien angekauft. Frankreich verfolgte damit zwei Ziele: Einerseits sollte mit der Herausgabe und Etablierung eigener Zeitungen gezielt und verstärkt Einfluss auf die Bevölkerung genommen werden. Andererseits konnte durch Ankäufe von Zeitungsverlagen nicht nur das oppositionelle Lager geschwächt, sondern gleichzeitig auch der eigene Leserkreis vergrößert werden. Die Herausgabe des „Neuen Saar-Kurier/Le Nouveau Courrier de la Sarre“²³ ab 16. Juni 1919, einer zweisprachigen halbamtlichen Abendzeitung, war dabei nur der Ausgangspunkt. Es folgte die Verlagsübernahme des „Saarlouiser Tageblatts“ zwei Wochen später, das nun unter dem Titel „Saarlouiser Journal“ herausgegeben wurde.²⁴ Möglich geworden waren die Ankäufe in vielen Fällen durch die katastrophale wirtschaftliche Lage der saarländischen Presse nach dem Ersten Weltkrieg. So brachte der durch die französische Militärverwaltung gezielt verschärfte Mangel an Druckpapier, Gas, Strom und Wasser vor allem viele mittlere und kleinere Lokalblätter an den Rand der Insolvenz. Nur unter großen Schwierigkeiten gelang es den Zeitungen, in diesen Tagen überhaupt zu erscheinen.²⁵

3. Presse in der Zeit des Völkerbundmandates (1920–1932)

Während der Friedensverhandlungen in Versailles konnte sich Frankreich mit seiner Forderung nach einer Annexion des Saarreviers nicht durchsetzen. Stattdessen einigten sich die beteiligten Parteien auf einen Kompromiss,

²⁰ Ollmert, 1918, S. 89.

²¹ Bruch, Weg, S. 143–151.

²² Becker, „Deutsch die Saar...“, S. 219–222.

²³ Akte betreffend Saar-Kurier, PA AA Berlin, II a Saargebiet, R 75 938.

²⁴ Lempert, Saarland, S. 411–434.

²⁵ Becker, „Deutsch die Saar...“, S. 219f.

der in den Artikeln 45 bis 50 des Versailler Vertrages verankert wurde: das so genannte ‚Saarstatut‘. Demnach sollte die Industrieregion an der Saar mit den angrenzenden Einzugsbereichen aus dem Deutschen Reich herausgelöst und treuhänderisch durch den Völkerbund verwaltet werden. Der Regierungskommission sollten ein Franzose, ein Saarländer und drei Vertreter anderer Mitgliedsstaaten des Völkerbundes angehören. Nach 15 Jahren hatten die Bewohner über ihre weitere politische Zukunft frei und geheim zu entscheiden: Rückgliederung an das Deutsche Reich, Vereinigung mit Frankreich oder die Beibehaltung der bisherigen Verwaltungsordnung. Die Gruben gingen als wirtschaftliche Wiedergutmachung für deutsche Kriegsschäden in den Besitz des französischen Staates über. Eine politische Einflussnahme seitens der Bevölkerung war während der Mandatszeit auf Landesebene nicht vorgesehen. So beschränkte sich die politische Mitarbeit der Parteien zunächst auf Gemeinderäte und Kreistage. Jedoch wurde der Saarbevölkerung vollständige Versammlungs-, Rede- und Pressefreiheit eingeräumt.²⁶

Zum ersten Präsidenten der Regierungskommission wurde der Franzose Victor Rault bestellt, der zusammen mit den vier anderen Mitgliedern am 26. Februar 1920 die Arbeit aufnahm. Von einer neutralen Ausübung der Amtsgeschäfte, wie es das Saarstatut vorsah, konnte jedoch von Beginn an keine Rede sein. Die von Rault eingeschlagene politische Linie zielte auf den Ausbau der französischen Rechte und eine Autonomie des Saargebietes, die mit einer Neuausrichtung der Saarwirtschaft auf Frankreich, der langsamen Lösung von der deutschen Verwaltungs- und Kulturtradition sowie der Unterdrückung kritischer Stimmen innerhalb des Saargebietes einhergehen sollte. Nach Raults Überzeugung stand seine Politik nicht nur im Einklang mit den Vorgaben des Völkerbundes, sondern diente auch den Interessen der Bevölkerung.²⁷

Raults Bemühungen um eine ‚francisation‘ des Saargebietes stießen bei einem Großteil der Bevölkerung, Parteien, Verbänden, Kirchen und nicht zuletzt auch in der Presse auf erbitterte Widerstände. Die Presse zeigte eine bisher kaum gekannte Einigkeit, wenn es darum ging, die Verbindungen zu Deutschland zu verteidigen, gegen den pro-französischen Kurs der Regierungskommission zu opponieren, den deutschen Charakter der Saar zu betonen und sich für eine bedingungslose Rückgliederung an Deutschland einzusetzen. Besondere Bedeutung kam der Presse bis zur Konstituierung des neu geschaffenen Landesrates im Sommer 1922 zu, bot sie doch Parteien und

²⁶ Klaus Schwabe, Die Saarlandfrage in Versailles, in: Saarheimat 29, 1985, S. 17–20.

²⁷ Vgl. zur Politik der Ära Rault: Maria Zenner, Parteien und Politik im Saargebiet unter dem Völkerbundsregime 1920–1935, Saarbrücken 1966, S. 42–57; Lempert, Saarland, S. 52–80; Linsmayer, Politische Kultur; Becker, „Deutsch die Saar...“.

Organisationen bis dahin die einzige Möglichkeit, zumindest indirekt politischen Einfluss auf die Regierungskommission zu nehmen.²⁸ Konfrontationen zwischen Regierungskommission und Presse blieben daher keine Ausnahme und fanden im Beamtenstreik (August 1920) und im Hunderttagestreik der Bergarbeiter (Februar bis Mai 1923) ihre Höhepunkte. Den publizistischen Angriffen begegnete die Regierungskommission zunächst mit den bereits in der Zeit der französischen Militärverwaltung angewandten restriktiven Methoden.²⁹ Mit der Notverordnung vom 7. März 1923, die unter anderem Pressezensur sowie ein Verbot von Kritik am Völkerbund, an der Regierungskommission und am Vertrag von Versailles vorsah, verschärfte Rault sein Vorgehen gegen die Presse. Die Unterdrückung der öffentlichen Meinung und der Pressefreiheit wurde indes von Parteien und Presse nicht ohne weiteres hingenommen. In mehreren Petitionen und Denkschriften an den Völkerbundsrat in Genf wurde die Aufhebung der Notverordnung gefordert. Rault, inzwischen in Genf unter Druck geraten, wurde zum Einlenken bewegt und nahm die Bestimmungen zurück. An ihre Stelle trat am 18. Juni 1923 eine Ersatznotverordnung, die zwar in ihren Bestimmungen liberaler gehalten war, aber der Regierungskommission immer noch Optionen an die Hand gab, gegen die Presse vorzugehen.³⁰

Unter den Nachfolgern Victor Raults, dem Kanadier George W. Stephens und dem Engländer Sir Ernest Wilton, entspannte sich vorübergehend das Verhältnis³¹, da sie die vom Völkerbund eigentlich vorgesehene und von Deutschland geforderte Neutralität bei der Durchführung der Amtsgeschäfte nun tatsächlich umsetzten. Die Presse blieb aber weiterhin auf kritischer Distanz und verfolgte aufmerksam jeden Schritt, mit dem die Regierungskommission von der Linie einer neutralen Amtsführung abzuweichen schien. Insgesamt reduzierten sich jedoch nun Eingriffe in die Rechte und Freiheiten der Saarpresse, wie sie die noch bestehende Ersatznotverordnung nach wie vor erlaubte. Erst in den Auseinandersetzungen während des Saarkampfes (1933–1935) waren Zeitungsverbote durch die Regierungskommission, der nun Wiltons Landsmann Geoffrey George Knox vorstand, wieder an der Tagesordnung.³²

Zu Beginn des Jahres 1920 gestaltete sich die wirtschaftliche Lage der Zeitungsverlage immer dramatischer. Sprunghaft gestiegene Material- und Lohnkosten, der weiterhin bestehende Mangel an Zeitungspapier sowie die

²⁸ Zenner, Parteien, S. 59f.

²⁹ Bruch, Weg, S. 154–161.

³⁰ Wagner, Presse, S. 81–130.

³¹ Anonymus, Eine weitere Besprechung des Präsidenten Wilton mit der Presse, in: Saar-Zeitung, 19. 8. 1927 Nr. 188, o. S.

³² Anonymus, Neuer Einspruch der Saarpresse in Genf, in: Saarbrücker Zeitung, 6. 9. 1933 Nr. 235, o. S.; vgl. Baldauf, Kampf, S. 117–134.